

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Romanze-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verles-
 und Verlesungen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 9. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Bärkel sind gefallen. Nach zweitägigen Beratungen hat das Landeskomitee der Bergarbeiter den Generalstreik für heute, 9. Oktober, erklärt.

Der folgenschwere Beschluß hat eine anderthalbjährige Vorgeschichte. Die Generalstreik-Bestrebungen setzen ein Anfang 1901 während der Hochblüte der Kohlenindustrie, angeregt durch den lokalen Ausstand in Montceau-les-Mines. Seitdem ist der Generalstreik von drei Kongressen (Lens, Allais und Commentry) und in zwei Urabstimmungen (April und Oktober 1901) votiert worden. In Lens wurde ein zweischlächtiger Beschluß gefaßt: erstens ein sofortiger Generalstreik aus Solidarität mit den Ausständigen von Montceau, falls die Regierung binnen fünfzehn Tagen nicht zu Gunsten der letzteren erfolgreich eingreifen würde, und zweitens ein sozialpolitischer Generalstreik für den 1. November 1901 als Professionsmittel gegen Regierung und Parlament, um die bekannten drei Reformen durchzusetzen: gesetzliche Achtstundentag, 2 Fr. Alterspension nach dem 50. Lebensjahre und nach 30 Arbeitsjahren, gesetzliche Lohnminimum. Die beiden Urabstimmungen wurden auch in den zwei Urabstimmungen gutgeheißen, und zwar in der April-Abstimmung mit 30 907 von 51 473 abgegebenen Stimmen, in der Oktober-Abstimmung mit 31 000 gegen 20 000 Stimmen bei einer Gesamtzahl von 102 000 Bergarbeitern. Bekanntlich aber sind diese Beschlüsse nicht zur Ausführung gekommen. Der Solidaritäts-Generalstreik wurde gegenstandslos, da die Arbeiter von Montceau zur erfolglosen Einstellung des Streiks gezwungen wurden, ehe das Landeskomitee sich zur Ausführung des Referendum-Beschlusses entschlossen hatte. Der sozialpolitische Generalstreik wurde vom Komitee ebenfalls, trotz des Kongress- und Referendum-Beschlusses, verlagert, nachdem die Regierung die ersten parlamentarischen Schritte zur Befriedigung der Reformforderungen (ausgenommen das von ihr abgewiesene gesetzliche Lohnminimum) gethan hatte. Immerhin hat die Generalstreik-Vorbereitung einen teiltweisen Erfolg gehabt: das Votum des Achtstundentages-Gesetzes in der Kammer, Februar 1902. Mit diesem Erfolg gab sich aber der Kongress von Allais, März 1902, nicht zufrieden. Er votierte den sofortigen Generalstreik mit 124 gegen 103 Stimmen. Jedoch war es wiederum ein platonisches Votum. Die Gegner des sofortigen Generalstreiks, Abgeordneter Bously-Pas-de-Calais und Jouvelet-Carneaux, bereiteten den Kongressbeschlüssen auf der Stelle, indem sie gerade dessen sofortige Durchführung im dringlichsten Sinne des Wortes forderten: die Anhänger des Generalstreiks mußten zugeben, daß ihre Organisationen zur sofortigen Aktion nicht bereit seien, und so wurde schließlich die Frage dem Kongress von Commentry zur endgültigen Entscheidung überlassen. In Commentry ist nun jüngst diese Entscheidung zu Gunsten des Generalstreiks einstimmig getroffen worden, und das Landeskomitee hat den Kongressbeschlüssen diesmal prompt ausgeführt.

Man sieht aus dem Gefagten deutlich genug, daß die Leitung der Bergarbeiter-Organisation im Bewußtsein ihrer schweren Verantwortlichkeit vor dem letzten Schritt immer wieder zurückgegriffen, ungeachtet der heftigen Angriffe, denen sie sich seitens der drängenderen Generalstreik-Anhänger aussetzte. Wenn sie also jetzt das Signal zum Kampfe gegeben hat, so ist ihre wohlverwogene Entscheidung von jedem Generalstreik-Fanatismus frei. Inzwischen hat sich nämlich die Lage der Kohlengräber zum Schlimmen geändert. Die Grubencompagnien hatten die ersten Anzeichen der Abflaumung der Geschäfte, die mit der Krise in der Metallindustrie eintrat, dazu benutzte, um die von den Arbeitern während der Hochkonjunktur erlangten Lohn-erhöhungen zum Teil wieder rückgängig zu machen, so namentlich im Pas-de-Calais- und im Loire-Revier. Dabei sind die Lohnreduktionen selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus ungerechtfertigt, da die Kohlenpreise ziemlich auf der gleichen Höhe geblieben sind wie im Vorjahre.

Und wie hoch war denn der Lohn in den letzten paar letzten Jahren? 1900 stieg er für sämtliche Bergarbeiter um 21 882 000 Fr. (totale Lohnsumme von 215 878 000 Fr.), macht einen durchschnittlichen Jahreslohn pro Arbeiter von 1333 Fr. bei einer Lohn-erhöhung von 72 Fr. oder einen durchschnittlichen Tageslohn von 4 Fr. 66 Cts. (3 Mk. 75 Pf.) bei einer Lohn-erhöhung von 22 Pf. pro Tag. Für die späteren Jahre liegen amtliche Gesamtangaben nicht vor. Im Nord-Departement ist der Lohn 1901 für die Arbeiter unter Tage um weitere 30 Cts. pro Tag gestiegen, von 5 Fr. 43 Cts. auf 5 Fr. 73 Cts., für die Arbeiter über Tage von 3 Fr. 60 Cts. auf 3 Fr. 85 Cts. Im Pas-de-Calais ist er 1901 für alle Arbeiter durchschnittlich von 4 Fr. 86 Cts. auf 5 Fr. 68 Cts. gestiegen, im Loire-Revier aber durchschnittlich von 4 Fr. 75 Cts. auf 4 Fr. 68 Cts. gesunken. Der Vergleich mit dem allgemeinen Durchschnittslohn für ganz Frankreich zeigt, daß die genannten drei Reviere die höchsten Löhne aufweisen. Seitdem ist aber im Pas-de-Calais und im Loire-Revier der Lohn herabgesetzt worden. Der einzige Vorteil, den die Arbeiter von den „fetten“ Jahren bekommen haben, steht selbstverständlich in keinem Verhältnis zu den enorm gestiegenen Dividenden. Und nun haben die Compagnien mit den Lohnreduktionen begonnen, ehe noch die Dividendenhöhe der fetten Jahre wirklich gefährdet ist!...

Man begreift die Empörung der Arbeiter. Im Loire-Revier ist es schon vor einigen Wochen zu ersten Streikvorbereitungen gekommen, die nur mit Rücksicht auf den Kongress von Commentry, in dem ein Generalstreik-Beschluß erwartet wurde, zurückgeblieben

wurden. Im Pas-de-Calais und bald darauf im Nord-Departement brach der Streik aus, ehe noch das Landeskomitee sich verlammet hat. Und dem Beispiel folgte das Loire-Revier, wo der Streik schon für den 8. Oktober, einen Tag vor der Entscheidung des Kongresses erklärt wurde. Wenn im Pas-de-Calais die Bewegung offensichtlich den lokalen Führern über den Kopf gewachsen ist, so wurde im Loire-Revier, wo der Generalstreik auch unter den Führern von jeder großen Alliance findet, der verfrühte Beschluß gefaßt, um auf das Landeskomitee einen Druck auszuüben.

Den letzten Anstoß gab dem Komitee die hochmütige Antwort des Centralkomitees der Grubencompagnien, die jede Unterhandlung ohne weiteres ablehnte. Die Antwort des Ministerpräsidenten ist dagegen, wie berichtet, befriedigend ausgefallen.

Demgemäß richtet sich der Generalstreik — wenigstens im Sinne des Komitees — ausschließlich gegen die Grubencompagnien. Der Charakter eines Professionsmittels gegen Regierung und Parlament soll ihm, falls es nach dem Willen des Komitees geht, fernbleiben. So wird im Komitee-Aufsatze an die Bergarbeiter, der den Generalstreik verkündet, einzig die „herausfordernde“ Antwort der Grubencompagnien angezogen, um den Generalstreikbeschlüssen zu erklären. Ebenso in den gleichzeitigen Aufsatzen „an das französische Proletariat“ und „an die Kaufleute“. Nur in dem Aufruf „an die Bergarbeiter aller Länder“ wird daneben als Kampfwort auch die „gesetzgeberische“ Reform der Altersversorgung genannt, ohne daß dadurch jedoch der Charakter der gegenwärtigen Aktion bestimmt wird.

Hier der Wortlaut dieses Aufrufes:
 „Kameraden von Belgien, England, Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten, Bergarbeiter von überall! Die Sache, für die die Bergarbeiter Frankreichs in diesem Augenblick eintreten, ist eure gemeinsame Sache. Der Zweck unseres Kampfes, den wir, zum Äußersten getrieben, aufgenommen haben, ist, unsrer unglücklichen Lage ein wenig zu verbessern, einen gerechteren und billigeren Tagelohn und eine Regelung der Arbeit für die Gegenwart zu erlangen, ebenso wie eine Gesetzgebung zur Sicherung unsrer alten Tage vor der schlimmsten Not. — Es wäre überflüssig, Euch eure Pflicht zu erklären, die Ihr begreifen werdet, wir sind dessen sicher. Auf eure Willigung rechnen, überlassen wir Euch die Initiative zu den Euch am besten passenden Maßnahmen, um uns im aufgenommenen Kampfe zu helfen. — Hoch die Internationale der Bergarbeiter!“

Endlich hat das Landeskomitee folgenden Aufruf „an die Soldaten“ erlassen:
 „Ehre des Volkes! Bei dieser Gelegenheit erinnert Euch an die neulichsten Ereignisse in der Bretagne. Gedankt der Haltung des Obersten de Saint-Rémy, der sich weigerte, den höheren Befehlen zu gehorchen, die seinem Gewissen widersprachen. Söhne, Brüder von Proletariern! Wenn Ihr im gegenwärtigen Konflikt, mit Gewehren und Bajonetten bewaffnet, Euch Angesichts zu Angesicht mit uns, die wir vollständig unbewaffnet sind, befindet, so denkt daran, daß morgen, wenn Ihr ins bürgerliche Leben zurückgekehrt seid, Euch dasselbe Los wie uns erwartet. — Bergarbeiter! Angesichts der Arme keine Heranzforderungen! Erinnert Euch, daß wir alle Brüder sind und daß wir wie sie Soldaten gewesen sind. — Hoch die proletarische Befreiung! Hoch der Generalstreik der Bergarbeiter Frankreichs!“

Die Gesamtzahl der Bergarbeiter betrug 1900 162 100 Mann, darunter 116 400 Arbeiter unter Tage und 45 700 über Tage, von den letzteren waren 57000 Frauen und 45000 Kinder zwischen 13—16 Jahren. Im Jahre 1901 ist die Zahl auf rund 170 000 gestiegen. Für 1900 verteilten sich die Bergarbeiter aller Kategorien unter die einzelnen Reviere wie folgt: Nord und Pas-de-Calais 85 000, Loire 20 000, Süd (Departements Gard, Tarn, Aveyron) 41 000, Centrum (Commentry, St. Etienne) 7000, Saône-et-Loire (Montceau und Montchanin) 9000 Mann. Der Gewerkschaft gehören rund 60 000 Arbeiter an.

Die angeführten Einzelzahlen zeigen, daß die Hauptmassen der Bergarbeiter bereits im Streik stehen bzw. (im Loire-Revier) den Streik erklärt haben. Mag nun sein, daß einzelne Orte der Bewegung fernbleiben, jedenfalls aber dürfte der Streik die große Mehrheit der Arbeiter hinreichen und damit zum gewaltigsten wirtschaftlichen Kampf in Frankreich sich auswachsen.

Das Centralkomitee der Kohlenwerke Frankreichs hat in Verantwortung des am Donnerstag an dasselbe gerichteten Schreibens des Komitees der Grubenarbeiter diesen erklärt, es sei nicht zuständig, eine Entscheidung über die Beschwerden der Grubenarbeiter zu treffen. Um eine Verständigung im Guten herbeizuführen, müßten dieselben sich an die Grubenbesitzer wenden. In dem Briefe heißt es weiter, der Ausstand seit zwei Jahren vorbereitet und mit Gewalt (!) durchgeführt worden. Die öffentliche Meinung werde erkennen, daß die Gründe, welche man für den Ausstand vorgebracht habe, nichtig (!) und daß der beabsichtigte Zweck ein revolutionärer (!) sei; sie werde schließlich, von welcher Seite der Fehdehandlung geworden sei und wen die Verantwortung treffe.

Nach den obigen Darlegungen unreservert Pariser Korrespondenten erübrigt sich eine Widerlegung dieser hinfälligen Anschuldigungen. — Jaurès führt in der „Petite République“ aus, daß die Gegner des Ministeriums Combes hoffen, der Gesamtzustand werde die Stellung des Kabinetts erschüttern. Die oppositionelle Presse werde alle Zwischenfälle aufbauen. Wenn es zu wirklich ernsthaften Zusammenstößen zwischen Truppen und Ausständigen kommen sollte, so würde das den Nationalisten zur größten Befriedigung gereichen, da die sozialistische Deputiertengruppe notgedrungen zur Opposition übergehen müßte. Es hänge von Ministerium und der Mehrheit der Deputiertenkammer ab, diese Hoffnung der Nationalisten zu nichte zu machen, indem

sie kaltes Blut bewahren und die Forderungen der Arbeiter soweit als irgend möglich bewilligen.

Offentlich veranlaßt ist hauptsächlich die Furcht vor der Kritik der Nationalisten das Ministerium, den Sicherheitsorganen und Truppen des Streikreviers möglichste Zurückhaltung anzunehmen und die nur zu berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nach Kräften zu unterstützen. Sehr unglücklich wäre es jedenfalls, wenn das Ministerium sich die kleinliche Auffassung des ehemaligen Ministers Guyot zu eigen machte, der im „Ehkele“ behauptet, daß die eigentlichen Urheber des Streiks im Dienste der Rekruten ständen, welche der Regierung alle möglichen Schwierigkeiten bereiten wollten. Nachdem sie in der Bretagne die Offiziere zum Ungehorsam veranlaßt hätten, wollten sie nun auch die Arbeiter zum Aufstand (!) verleiten.

Daß die Nationalisten sich in der Politik der Schändensfreude gefallen und jede Affaire gegen die Regierung auszunutzen versuchen werden, liegt auf der Hand, aber die Auffassung, daß die Bergarbeiterbewegung von den Nationalisten angezettelt sei, ist denn doch ein wenig abgemessen.

Die Arbeiter-Delegierten sind nach ihren verschiedenen Hauptquartieren abgereist, um die Organisation zur Durchführung des Ausstandes zu leiten. Einer der Delegierten erklärte, die Arbeiter seien seit langer Zeit auf den Ausstand vorbereitet und hätten große Vorräte an Lebensmitteln aufgeschichtet, so daß sie es den Winter über aushalten könnten. — Von dem Ausbruch des Generalstreiks wird gemeldet:

Carmaux, 10. Oktober. Heute vormittag zeigte sich kein Arbeiter bei den Schächten. Es herrscht vollständige Ruhe. Valenciennes, 10. Oktober. In Angin feierten gestern von 9000 Bergarbeitern 3000. In Douchy hat ein Drittel der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Marly und Biocigne sind vom Ausstande noch nicht berührt; die Bewegung breitet sich jedoch aus. In Clermont-Ferrand ist der Ausstand nicht erklärt worden. In St. Etienne sind die Gruben vollständig in Betrieb. In Commentry hat der Ausstand begonnen.

Paris, 10. Oktober. Nach einem hier eingetroffenen Bericht erstreckt sich der Generalausstand der Bergarbeiter bisher über die Kohlenreviere des Departements Pas-de-Calais und einen kleinen Teil des Departements Nord, ferner auf die Departements Loire, Haute-Loire, Gard und Tarn. In Montceau-les-Mines und Decazeville wird weiter gearbeitet. Das sogenannte „gelbe“ Syndikat dieser Gegend erklärt, es sei entschlossen, unter allen Umständen die Arbeit fortzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober.

Das Rückzugs-Gefecht der Heberzöchner.

Herr Metlich, der Vorsitzende der Zollkommission, hat das Signal zur Vorkretze der konservativen Partei gegeben. Es war sehr unvorsichtig, daß Herr Metlich die konservativen Rückzugs-Gebälde ausplauderte, die „Kreuz-Zeitung“ hat ihn darob jauchzend getadelt, und die preussischen Kanige riefen entsetzt: Gott bewahre uns vor der Schlaueit unsrer Freunde in Medienburg! Aber die Unvorsichtigkeit ist begangen, und alle Welt sieht, was wir stets voraussagten, daß die braven Konservativen zum „Rückgeben“ bereit sind.

Freudig begrüßt das Centrum, das schon eher den Rückzug angetreten hatte, die konservativen Nachfolger. Die „Germania“ erklärt die Rückzugsankündigung des Herrn Metlich als „vernünftige Erwägungen eines Politikers, von denen wir hoffen, daß sie in der konservativen Fraktion nicht vereinzelt stehen“. Die „Germania“ ihrerseits betreibt die Vorbereitung der Voreinigung ihrer Partei mit der Regierung, indem sie erklärt:

„Wenn das Centrum auch bereit ist, auf Grund einer Verständigung mit der Regierung die Annahme des Posttarifs, die aus verschiedenen Gründen höchst erwünscht ist, zu ermöglichen, so wird sich die Partei doch niemals darauf einlassen, den Regierungsentwurf schließlich anzunehmen. Das wäre ja auch keine Verständigung, sondern eine blinde Untertwerfung, die man dem Centrum nicht zumuten kann.“

In einer Instruktion von „hochangesehener Seite“ teilt die „Germania“ ferner auch mit, worin sie besonders ein Entgegenkommen der Regierung wünscht. Der Verzicht auf 3 Mark könne keinesfalls die Zustimmung des Centrum finden, eine „angemessene Erhöhung“ des Verzehrszollens sei für das Centrum unabweisliche Vorbedingung für die Annahme des Tarifs. Die Kommissionsmehrheit hatte den Mindestzoll für Gerste auf 5 1/2 M. erhöht, den besonders das Centrum im Auftrage seiner bayrischen Gesandten forderte. Die „Germania“ hütet sich nun weidlich, auf diesem 5 1/2 Mark-Zoll zu bestehen, sie verlangt nur noch „angemessene Erhöhung“!

Nur eine Säule noch steht fest und unerschütterlich. Die „Deutsche Tageszeitung“ verwahrt sich hoch und heilig, sich von der fürchterlich um sich greifenden Rückzugsfähigkeit ergriffen zu lassen. Das „wirtschafts-politische Testament“ des Herrn v. Frege erregt im Bündlerlager nur stilles Verleiden. Da aber der gewichtige Metlich zum Rückzug blies, geriet man in heillose Verlegenheit. Soeben noch hatte man triumphierend verkündet, die ganze konservative Partei habe nach bündlerischer Forderung den Beschluß unentwegter Jollfestigkeit gefaßt, und nun so plötzlich dieser Wandel der Dinge. Zwei Tage wüthte die „Deutsche Tageszeitung“ nichts zu diesen Vorgängen zu sagen. Jetzt endlich hat sie den Mut ihrer überzöchnerischen Heberzeugung wiedergefunden und sie begleitet den konservativen Rückzug mit donnernder Kanonade:

„Aus den Kreisen, die den Tarifentwurf der Regierung für unannehmbar erklärten, die ein unbedingtes Festhalten an der Erhöhung der Viehzölle als notwendig und die Kompromiß-Beschlüsse über die Getreidezölle als ungenügend hinstellten, die eventuell eine namhafte Herabsetzung der Industriezölle für geboten erachteten, — aus diesen Kreisen werden Stimmen laut,

Die zu weiterer Nachgiebigkeit raten, damit überhaupt nur etwas zu Stande komme, ja die den verbündeten Regierungen gewisse „Planlo“-Ermächtigungen für den Abschluss neuer Handelsverträge geben möchten. Und das geschieht wenige Tage, nachdem die entgegengeleiteten Beschlüsse gefasst worden sind, ohne daß irgend etwas geschehen wäre, das weitere Erwägungen notwendig gemacht hätte. Der Reichskanzler wäre doch ein Thor, wenn er aus solchen Stimmen nicht schliefen wollte, daß er mit immer weiterer Nachgiebigkeit gewisser Kreise rechnen kann. Wenn ihm direkt gesagt wird, daß man alles Mögliche thun werde, um etwas zu Stande zu bringen, so muß er geradezu aufgefodert werden, auf seinem Standpunkte zu beharren; denn wer unter allen Umständen etwas erreichen will, dessen Nachgiebigkeit kann keine Grenzen haben.

Es liegt auf der Hand, daß die taktische Stellung der Mehrheitsparteien durch diese Stimmen außerordentlich geschwächt worden ist. Wer solche Beschlüsse ohne Not preisgibt, der verzichtet darauf, als erster politischer Faktor geltend zu werden.

Die seltsamen Bilder, die in diesen Tagen über die politische Schaubühne gezogen sind, erinnern lebhaft an die Zeit, da die Handelsverträge abgeschlossen wurden. Auch damals glaubte man Nachgiebigkeit beweisen zu können. Doch man sich schwer geirrt hat, hat man nachher selbst zugestanden. Ein solcher Irrtum ist vielleicht möglich und einmal verzeihlich, die Wiederholung desselben Irrtums wird aber von der Geschichte niemals verziehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ aber erklärt, „unerschütterlich fest“ bleiben zu wollen; „ein Wanken und Schwanken darf es nicht geben“.

Doch wie viele von den konservativen Männern werden dem Kampfe der Dertel und Dahn Folge leisten? Mag ein Dugend der „Unerschütterlichen“ in Feldenpose verharren, die Menge der konservativen Partei wird ihren Bundesrieden mit der Regierung machen! —

Der Prozeß gegen Stietenron

Am Donnerstag vor dem 8. Zivilsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Durch Urteil des 8. Zivilsenates des Oberlandesgerichts Kolmar vom 8. April d. J. war unter Aufhebung des landesgerichtlichen Urteils der Anspruch der Mutter und des Großvaters des vom Freiherrn v. Stietenron erschossenen italienischen Arbeiters Fazzi auf Entschädigung abgewiesen worden. Das Landgericht hatte jedem der beiden Kläger den Anspruch auf eine vom Beklagten zu zahlende vierteljährliche Rente von je 30 M. zugesprochen. Bekanntlich war Stietenron wegen Totschlages unter Anklage gestellt worden, aber das Kriegsgericht, welches über ihn — er ist mittlerweile gestorben — aburteilte, hatte auf Freisprechung erkannt, da er in „berechtigter Notwehr“ gehandelt habe. Aufsehen erregte es dann, daß in dem Civilprozeß das Landgericht den Anspruch auf Entschädigung mit der Begründung für berechtigt erklärte, daß die Tötung des Italieners nicht erforderlich war und daß der Beklagte die Notwehr überschritten habe. Das Oberlandesgericht hatte sich dann aber auf die Berufung des Beklagten schließlich auf den Standpunkt der kriegsgerichtlichen Feststellungen gestellt und den Antrag der Kläger mit der Begründung abgewiesen, daß v. Stietenron in berechtigter Notwehr den Italiener getötet habe. Aus dem Sachverhalt mag kurz wiederholt werden, daß die Gemeindeverwaltung von Oberweiler beauftragte einen Graben an einem Wege des Stietenron'schen Gutes einen Graben ziehen ließ. Stietenron trat am 18. Juli 1901 mit geladener Doppelpistole an die bei der Ausschachtung des Grabens thätigen italienischen Arbeiter heran und verbot ihnen das Weiterarbeiten, da er die Herstellung des Grabens für unzulässig hielt. Die Arbeiter erklärten ihm, sie seien vom Gemeindevorstande beauftragt, diese Arbeit auszuführen, und wußten sich an ihren Auftraggeber halten; wenn er etwas erreichen wolle, müsse er sich an den Gemeindevorstand wenden. Es entstand nun ein Wortwechsel, wobei Frhr. v. Stietenron den italienischen Arbeiter Fazzi mit dem ausgestreckten Finger — von anderer Seite wurde behauptet, mit dem Gewehrkolben — an der Schulter „berührte“. Fazzi, der sehr erregt war, hielt sich, da Stietenron ihm die Pistole vorhielt, offenbar für angegriffen und schützte sich mit seiner Schippe einen wuchtigen Schlag gegen den linken Arm des Freiherrn, der einen Knochenbruch zur Folge hatte. Infolge dieses Schlages entfiel der erste Schuß. Der Freiherr schloß dann mit dem zweiten Schusse den Arbeiter nieder und löste ihn dadurch. Zwei ärztliche Sachverständige hatten sich dahin ausgesprochen, daß die Kugel von hinten in den Hals eingedrungen und von wieder herausgekommen sei. Das Kriegsgericht war aber dieser Annahme nicht beigetreten. — Die Revision der Mutter und des Großvaters des getöteten Fazzi wurde vor dem Reichsgericht durch Rechtsanwält Haber vertreten. Materiell stütze er Verurteilung der Notwehr. Das Oberlandesgericht spreche, indem es einfach den Feststellungen des Kriegsgerichts folge, nur davon, daß v. Stietenron sich in Notwehr befunden habe, lasse aber völlig unberührt, ob Fazzi nicht wenigstens glauben konnte, in Notwehr zu handeln, als er Stietenron mit der Schippe schlug. In prozessualer Hinsicht wurde gerügt, daß der Antrag, neuen Zeugen, von denen acht schon im kriegsgerichtlichen Verfahren benannt worden sind, auch im vorliegenden Verfahren zu hören, abgelehnt worden ist, und daß das Oberlandesgericht sich einfach auf die Feststellungen des Kriegsgerichts berufen hat. — Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanw. Henschel, trat diesen Ausführungen in längerer Rede entgegen und beantragte Abweisung der Revision. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Aufhebung des Urteils des dritten Zivilsenates des Oberlandesgerichts Kolmar und verwies die Sache an einen anderen Senat, den zweiten, desselben Gerichts. — Zur Begründung wurde bemerkt, daß die prozessuale Revision — Nichtvernehmung von Zeugen — zur Aufhebung des Urteils habe führen müssen. —

Der pennsylvanische Grubenarbeiterstreik.

Sämtliche 350 Lokalorganisationen der Bergarbeiter sprachen sich einstimmig für die Weiterführung des Streiks aus. Die Arbeitgeber-Organisation beharrt ihrerseits auf ihrem trotz abnehmenden Standpunkte. Wie vom Freitag aus New York gemeldet wird, haben am Donnerstagnachmittag stattgehabte Besprechungen verschiedener Senatoren mit den Vorständen der großen Vereinigungen der Anthracitkohlen-Verwerksbesitzer überaus den entgegengeleiteten Erfolg gehabt, als man gehofft hat. Die Besitzer reissen wieder ab, mit der Erklärung, sie würden nie den Forderungen der Bergleute nachgeben.

Tagegen meldet ein „Herold“-Telegramm vom gleichen Datum: Die Lage ist seit gestern völlig verändert, man glaubt, daß die Grubenarbeiter und die Verwerksbesitzer sich verständigen werden und der Ausstand bald zu Ende geht. Das Resultat der gestern gepflogenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und Verwerksbesitzer wird geheim gehalten. Sehr wahrscheinlich klingt die Meldung nicht, erklärt sie doch selbst, daß das Verhandlungsergebnis geheim gehalten werde.

Tagegen scheinen die Vermittlungsversuche noch fortzudauern, da nach einem „Lafayette“-Telegramm der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter, Mitchell, fortbauend Konferenzen mit den Senatoren Quay, Penrose und Platt, welche die Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern übernehmen haben, und den Direktoren der vier leitenden Kohlengesellschaften hat.

Inzwischen ist auch bereits Blut geflossen. In Tanawana wurde ein freilebender Arbeiter, der am Hause eines nicht der Arbeiter-Liga angehörenden Arbeiters umher-schälenderte und auf den Ruf eines Soldaten nicht Halt machen wollte, von letzterem erschossen. Höchstwahrscheinlich

handelt es sich also um das Niederstehen eines harmlosen Streikpostens! Wenn es bei einem solch skandalösen Vorgehen der Willkür zu Zusammenstößen kommen sollte, ist das kein Wunder. Die scharf ablehnende Haltung der Grubenaktionäre erklärt sich wohl auch aus der Hoffnung auf derartige Zwischenfälle, durch die man den Widerstand der Arbeiter zu brechen glaubt.

In Detroit wurde von dem Bürgermeister eine Versammlung einberufen, um über die Lage in der Kohlenindustrie zu beraten. —

Deutsches Reich.

Das Geheimnis des Vortragsempfangs

Ist insofern jetzt völlig geklärt, daß es fest steht, daß die Generale weder selbst noch durch einen Mittelsmann eine Audienz nachgesucht haben. Der Kaiser hat den Empfang angeregt.

Der „Daily News“ geben folgende Darstellung:

Als De Wet im Haag war, näherte sich ihm ein deutscher Beamter nichtformell mit der Erklärung, daß der Kaiser sie gern sehen möchte. De Wet erwiderte, daß er und seine Kameraden sich dies zur hohen Ehre schätzen; wenn der Kaiser wünsche, würden sie ihm ihre Aufwartung machen. Fragen entstanden über die Art der Einführung. De Wet stimmte ausdrücklich dem Vorschlag zu, daß er und seine Kameraden von Gascelles vorgeführt werden sollten. Was die Generale erwarteten, war eine förmliche Mitteilung des deutschen Hofes, daß die Unterredung erwünscht sei und der britische Botschafter die Vorstellung übernehmen sollte. Solche Mitteilung ging jedoch nicht ein, vielmehr wurde den Generalen in derselben nichtformellen Weise gesagt, sie selber sollten Gascelles angehen, sie vorzuführen. Dies lehnten sie aus dem Grunde ab, daß ihre Mission rein privaten Charakter sei und daß sie überhaupt Audienzen bei niemand, sei er noch so hoch gestellt, nachsuchten. Für die Audienz bei König Edward erbot sich sofort freiwillig, sie einzuführen. Daher hätten nicht die Generale sich anders entschlossen, sondern der Kaiser oder dessen Vertreter.

Die freisinnige „Vossische Zeitung“ empfindet die selbstverständliche Antwort der Generale als „beleidigenden Dünkel“. Es scheint, als ob in der bürgerlichen Welt allein noch die besiegten Voeren wissen, wie man die Würde wahrt.

Ist die englische Darstellung übrigens richtig, so gewinnt man den Eindruck, als ob das Auswärtige Amt in Berlin durch die für die Voeren demütigenden und Eng- und Schmeicheln Bedingungen die Audienz geschäftlich hintertrieben oder doch versucht habe, sie unter Formen vor sich gehen zu lassen, die einen Triumph Englands bedeuteten. Die offiziellen Deutschen fürchten nachgerade außer Gott alles! —

Städtische Straßenbahnen in Berlin.

Zu unserem Artikel „Städtische Straßenbahnen in Berlin“ nehmen die „Berliner Politische Nachrichten“, das Schweinburg-Blatt, namens der Staatsaufsichtsbehörden das Wort, um zu erklären, daß „es in das Gebiet gewerbemäßiger Verdächtigung gehört, wenn der „Vorwärts“ den Aufsichtsbehörden Begünstigung des Privatkapitals gegenüber der Stadtgemeinde unterstellt“.

Und als Beweis für diese Behauptung führt der, entweder aus dem Ministerium oder dem Polizeipräsidium inspirierte Schweinburg an, daß eine Entlastung der Leipzigerstraße durch Anlegung von Parallelbahnen den jetzt aus der Leipzigerstraße in die Nachbarbezirk Parallelstraßen gesühten Zubrucksverkehr wieder in die Leipzigerstraße zurückbringen würde.

Dieser unschuldvolle Engel Herr Schweinburg bitten Sie um genauere Informationen. Und wenn Sie diese erhalten haben, dann werden Sie wissen, daß die von Ihnen in den „Berliner Politischen Nachrichten“ in höherem Auftrage so sehr belästigten städtischen Straßenbahnen in den Nachbar- und Parallelstraßen der Leipzigerstraße auf Anordnung des königlichen Polizeipräsidiums zur Entlastung der Leipzigerstraße angelegt werden sollen.

Und das ist auch ganz vernünftig; z. B. dienen die Straßenbahnen durch die Prinz Albrecht- und Zimmerstraße sowie die projektierten Linien der Kronen- und Schützenstraße nur der, vom Polizeipräsidium im Einverständnis mit der städtischen Verkehrsdeputation für notwendig erkannten Entlastung der Potsdamer- und Leipzigerstraße.

Also Herr Schweinburg, ein andermal bessere Information über die Fragen, die Sie in den „Berliner Pol. Nachrichten“ erörtern. Oder gilt der Kampf nur den die Leipzigerstraße entlastenden städtischen Straßenbahnen?

Es scheint so. Aber dann wird ja nur die Wichtigkeit unserer Behauptung bestätigt, daß eine Begünstigung des Privatkapitals gegenüber der Stadtgemeinde stattgefunden hat.

Dem „Vorwärts“ wirft Herr Schweinburg „gewerbemäßige Verdächtigung der Staatsaufsichtsbehörden“ vor und aus seiner eignen Begründung dieses Vorwurfs geht unwiderleglich hervor, daß er gewerbemäßige Begünstigung des Privatkapitals zu betreiben die Aufgabe hat. Armer Schweinburg! —

Im Reichsamt des Innern ist der bisherige Direktor in diesem Ressort Dr. Hopp an Stelle des aus dem Amte geschiedenen Dr. Roth zum Unterstaatssekretär und an dessen Stelle der Geheimliche Oberregierungsrat Dr. Richter zum Direktor im Reichsamt des Innern ernannt worden. Dr. Hopp dürfte weiterhin die von ihm als Direktor geleitete Abteilung für Medizin, Pflanz-, Vereins- und Fremdenpolizei sowie für Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen beibehalten. Dr. Richter ist besonders bekannt geworden als Reichskommissar für die Pariser Weltausstellung, er übernimmt die Abteilung für Bau-, Wärsen-, Auswanderungsweesen etc. —

Handlanger-Ausung. Der Wiener Botschafter Philo Eulenburg soll nicht nur aus Gesundheitsrücksichten, sondern auch aus „anderen“ Gründen gänzlich aus dem diplomatischen Dienst ausscheiden, dem er zumeist aus der Ferne, in Bädern und auf Reisen, huldigte. Dann kann also Philo ganz den Russen und den Kartenspielsündern leben.

Der sehr kaiserliche Oberbürgermeister von Danzig, Delbrück, ist zum Kaiser nach Aachen beordert. Man hält ihn für den Nachfolger Gohlens im Oberpräsidium. —

Krochende Throne. Die „Kreuz-Zeitung“ versucht wieder einmal, ein wenig Anarchistenangst zu verbreiten, um den fürstlichen Persönlichkeiten das konservativste Geschäft der 7 1/2-Mark-Röhler in empfehlende Erinnerung zu bringen. Das Blatt will aus „mancherlei Maßnahmen“ erkannt haben, daß die Anarchisten in verschiedenen Ländern neuerdings eine verstärkte Bewachung ihres Treibens gerechtfertigt haben. Es handelt sich um ein Netz von Verschwörungen, die sich gegen die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Königin von Italien und deren Mütter richten.

Mancherlei Wahrnehmungen haben auch uns darauf aufmerksam gemacht, daß man beabsichtigt, Throne krachen zu lassen. Aber diese Propaganda der krochenden Throne geht von den Agrar-Anarchisten aus, denen die Monarchie eine Frage des Zollprofits ist. Warum sucht die „Kreuz-Zeitung“ die thronumstürzenden Anarchisten in weiter Ferne, während sie ihr doch so nahe stehen! —

Die Brot- und Fleischwucher-Politik des Centrums findet in den katholischen Arbeiterkreisen einen sich fortwährend steigenden heftigen Widerstand. Am letzten Sonntag, so wird uns geschrieben, fand in Mülheim a. Rhein eine von den oppositionellen Centrumsmitgliedern einberufene Versammlung statt. War es der aus Windthorst-Bündeln und Angehörigen der „Königlichen Volkszeitung“ zusammengesetzten Sprengkolumne vor 14 Tagen gelungen, eine ähnliche Versammlung in Köln ergebnislos

zu machen, so mußte hier der mit einem großen Anhang zu demselben Zweck erschienene ultramontane Landtag-Abgeordnete Gleh schon zu Anfang der Versammlung erfahren, daß die Opposition im Notfall nicht zurücksteht, von ihrem Handrechte Gebrauch zu machen. Nachdem der Referent in einflüchtigen Vortrag die Haltung der Volksgenossen in der Centrumpartei zu rechtfertigen versucht hatte, wollte Herr Gleh die Versammlung durch eine Dauerrede auseinanderreiben, fand aber solch heftigen Widerstand, daß er schließlich durch die während seiner Rede beschlossene Verlesung der Redezeit gezwungen war, von seinem Vorhaben abzusehen. Als so die offiziellen Reden abgelesen waren, sah die Opposition nicht niederzwingen konnten, verließen sie unter großem Tumult die Versammlung. Man sandte andre Redner, namentlich der arbeitslose Metallarbeiter Bergmann aus Köln, recht treue Worte über die volksbedrückende Haltung der Centrums-Presse. Es hieß immer: „dem Gernsten die Hölle zuerst“, doch werde dieser Grundsatz vom Centrum nicht befolgt, sonst könne man dem Arbeiter das Brot nicht verteuern wollen. Wenn aber die Masse der Wähler so vernachlässigt würde, so würde mancher Centrums-Abgeordneter nicht wiedergewählt werden. Volksverein und Windthorst-Bund brachten keine Mandate durch, wenn die Masse nicht mitginge. Der Arbeiter sei verpflichtet, sich bei der Wahl zu vergewissern, ob der Kandidat auch seine wirtschaftlichen Interessen vertrete. Man sage, Volkessinn sei Gottesstimm. In Mannheim habe nach dem glänzenden verlaufenen Katholikentage die dritte Klasse zwanzig Sozialdemokraten in den Stadtrat gewählt; das beweise, daß viele katholische Arbeiter, die tren ihre kirchlichen Pflichten erfüllten, ihre wirtschaftlichen Interessen nicht im Centrum vertreten sähen. Was noch schlimmer als alles andre, das sei die Heberzöllerei. Das Centrum gebe der Regierung mehr, als sie verlange. Welche das Centrum bei seiner jetzigen Politik, dann sei zur Reichstagswahl das schlimmste zu befürchten. Es wäre auch allzu traurig, wenn die Arbeiter, die bisher blind den Centrumsankern folgten, durch die Vollwucherpolitik dieser Partei nicht zu politisch Sehenden würden. —

Der Rathenjammer des Centrums. Aus Mannheim wird uns geschrieben: Der Reichstags-Presse, die es nicht gelten lassen will, daß der Ausfall der hiesigen Gemeindevahlen eine schwere Niederlage des Centrums ist und für die Reichstags-Verhandlungen die sich von den marxistischen Verhandlungen des Katholikentages alles mögliche versprochen hatten, eine schwere Enttäuschung bedeute, widmet das in Göttingen erscheinende Centrumsblatt, der „Lübische Landmann“, im Hinblick auf die Wahl der zweiten Stencklasse den folgenden eindringlichen Wahrspruch: „Da es sich bei dieser Wahl um die Erhaltung der Centrumsvertretung auf dem Mannheimer Rathaus handelte, dürfte diese jetzt so ziemlich verschwunden sein. (Ist nicht ganz richtig, Der Herr.) Die zahlreichen Gegner des Centrums haben damit also ihr Ziel erreicht — für's Centrum selbst ist das natürlich eine bittere Pille, eine traurige, aber lehrreiche Erfahrung von der Unparteilichkeit der Menschen. Es hat aber auch Anlaß, bei sich selbst eine gewissenhafte Prüfung vorzunehmen und zu prüfen, was seine Mannheimer Vertreter so unpopulär macht. Auf die Feinde des Katholikentages sind das doppelt betäubende und deprimierende Ergebnisse.“

Nationalliberaler Delegiertentag. Am Sonnabend trafen in Eisenach die Vertreter der nationalliberalen Partei zusammen. Die Anmeldungen sollen sehr zahlreich sein. Der „Hannob. Courier“ begrüßt den Delegiertentag mit einem eindringlichen Wahrspruch, daß die Partei sich aus den agrarischen Fesseln befreien möge; er schreibt:

„Es gilt grundsätzlich Wandel zu schaffen und dem liberalen Bürgertum endlich die Stellung zu erkämpfen, auf die es nach seinen Leistungen, nach seiner Bildung, nach seiner Bedeutung für den Staat Anspruch hat; es gilt, das liberale Bürgertum von den Fesseln einer konservativen, agrarischen, einer rückschrittlichen Bevormundung frei zu machen, die das Staatsgefühl untergründet und die um so länger empfunken wird, je weiter sich die Erkenntnis verbreitet, daß es sich hier um einen Anachronismus handelt, gegen dessen Aufrechterhaltung nachgerade alles spricht. Es war zweifellos ein Fehler des gemäßigten Liberalismus, daß er gerade in dieser Richtung nicht immer energisch genug aufgetreten ist und die Vertretung der hier in Frage kommenden großen politischen Interessen vielfach dem Radikalismus überlassen hat. Jetzt geht an der Hand überreicher Erfahrungen der Aufbruch der nationalliberalen Partei, und keineswegs nur von Hannover aus, daß ihre Vertreter die liberalen Grundanschauungen und Grundlagen der Partei mehr und nachdrücklicher als bisher in den Vordergrund stellen und für ihre Entschickungen maßgebend sein lassen sollen.“

Man weiß aber, daß die nationalliberalen Fraktionen in den Parlamenten stets das Gegenstück zu ihm pflegen, was die nationalliberalen Blätter von der Art des „Hann. Courier“ und der „Nat.-Ztg.“ anraten. —

Die künftige Rolle miter allen bürgerlichen Parteien ist längst den Nationalliberalen beschieden, denen jede Unabständigkeit der politischen Ueberzeugungen und jede Selbstständigkeit in den politischen Kämpfen schmachvoll verloren ging. Besonders traurig ist die Rolle dieser Partei in Sachsen, wo sie gänzlich allen Vermutungen und Verhöhrungen der Konservativen und Agrarier verfallen ist. Ein neues Beispiel hierfür bieten die Verhältnisse im 21. sächsischen Wahlkreis. Der bisherige nationalliberale Vertreter des Kreises, Dr. Eiche, wird nicht wieder kandidieren. Die Agrarier des Kreises hatten keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie nicht nochmals für denselben eintreten würden, weil er in der Zollfrage nicht weit genug entgegenkomme. Dr. Eiche hat sich nämlich nicht einmal für den Entwurf der Regierung bedingungslos ausgesprochen. Ohne die Unterstützung der Konservativen war aber seine Wiederwahl gänzlich ausgeschlossen, weshalb er von vornherein auf eine Wiederwahlstellung als Kandidat verzichtete. Nicht unwahrscheinlich ist, daß auch seine eignen Parteigenossen zu diesem Verzicht drängten. An seiner Stelle ist der Leipziger Fabrikant Rehwoldt als nationalliberaler Kandidat aufgestellt worden. Die Konservativen haben dieser Kandidatur zugestimmt. Tagesgenossen die Antisemiten an der Versammlung nicht teil, in der über die Kandidatur Rehwoldt verhandelt wurde. Die Nationalliberalen gaben sich der Hoffnung hin, daß die Antisemiten auf eine Sonderkandidatur verzichten würden. Da jedoch Herr Rehwoldt „nur“ für die Regierungen-Vollversammlung eintreten will, haben jetzt die Antisemiten erklärt, daß sie eine eigene Kandidatur bringen wollen. Die sächsische „National. Ztg.“ wollte an diese Sonderkandidatur nicht glauben. Das konservative „Wahrheit“ aber erklärt in seiner letzten Nummer, daß thatsächlich ein antisemitischer Kandidat aufgestellt werden wird. Der antisemitische Kandidat würde der Kandidat der extremen Agrarier sein, denen die Versprechungen des Herrn Rehwoldt nicht weit genug gehen.

Es ist weit mit den sächsischen Nationalliberalen gekommen. Sie müssen um die Freundschaft anderer Parteien buhlen und sich dafür eine schonbare Behandlung gefallen lassen. —

Der Kolonialkongress wurde am Freitagvormittag im Sitzungssaal des Reichstags eröffnet. Zu dem Aufbühnungstelegramm an den Kaiser ist von 70 veranstaltenden Gesellschaften und Instituten und 1350 Teilnehmern die Rede. An der Eröffnungssitzung nahmen die Staatssekretäre Graf Posadowski, v. Tirpitz, Freiherr v. Rüdiger und der Eisenbahn-Minister Dudge teil.

Aus den bisherigen Verhandlungen des Kongresses ist höchstens eine Rede des Professors Adolf Wagner erwähnenswert. Adolf Wagner hatte den bewundernswürdigen Mut, trotz der sächsischen Kolonialpolitik und der trostlosen Deshätigkeit eine fulminante Rede für Expansions- und Marinepolitik zu halten. Die Mittel dafür will er durch Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein aufgebracht wissen. Die vorhandenen Bedenken gegen indirekte Steuern will er ausgeglichen wissen durch eine Entwidlung höherer direkter Steuern, event. auch Erbschaftsteuern für

te besitzenden und wohlhabenden Klassen. Vor allem forderte er auf, die „falsche Steuerreform“ zu bekämpfen. Es ist schwer anzunehmen, daß Herr Adolf Wagner, der Schwärmer für Protektion und indirekte Steuern, nicht selbst weiß, daß unsere herrschende Klasse zwar die Steuerreform gegen die den Massenkonsum gerichteten Steuern nur zu leicht überwindet, nicht aber auch die Steuern vor der eignen Steuerbelastung.

Der Staats-Rechnungsbericht für das Finanzjahr 1901—1902, der dieser Tage den Mitgliedern des Reichstages zugestellt wurde, giebt ein trübes Bild von der finanziellen Lage des deutschen Staates. Zwar steht einer Einnahme von ca. 97 Millionen eine Ausgabe von kaum 77 Millionen gegenüber, so daß ein Ueberschuß von ca. 20 Millionen herauskommt. Da aber 30 Millionen der Einnahmen durch die Staatsanleihe vom 15. Oktober 1901 angebracht wurden, so bleiben thatsächlich die Einnahmen um etwa 10 Millionen hinter den Ausgaben zurück. Der Rückgang der Einnahmen wurde hauptsächlich durch die Krise verursacht. Die Zölle haben nur 42 Millionen statt der erwarteten 49 1/2 Millionen eingebracht. Am schwersten hatten die Eisenbahnen unter der Krise zu leiden. Sie haben statt eines im Budget angelegten Ueberschusses von 1/2 Million ein Defizit von 225 000 Kronen ergeben. Das ist das erste Mal, daß die Staatsbahnen mit einem Defizit abgeschlossen haben. — Die Summe der Ausgaben blieb hinter dem im Budget festgesetzten zurück. Zwar hat der Kriegsminister sein Budget um ca. 400 000 Mk. überschritten und 10 851 000 Mk. ausgegeben, dagegen aber wurde an den Ausgaben für öffentliche Arbeiten gespart. Für Eisenbahnarbeiten wurden statt der bewilligten 11 nur 7 Millionen ausgegeben; für Bahnanlagen statt 4 1/2 nur 2 1/2 Millionen; für andere Arbeiten statt 3 nur 2 Millionen Mk. Der deutsche Staat hat also nicht — wie die Stadt Kopenhagen — seine Arbeiten, um der großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, beschleunigt, sondern vielmehr durch übel angewandte Sparsamkeit zur Förderung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die heftigsten Landtagswahlen. In Mainz hat der Vorstand der freisinnigen Partei einstimmig beschlossen, bei der bevorstehenden Landtagswahl keine eignen Kandidaten aufzustellen, sondern die Socialdemokraten zu unterstützen.

Zur Fleischsteuerung. Die Stadtverordneten-Versammlung von Offenbach a. M. lehnte am Donnerstag nach heftiger, zwei Stunden währendender Debatte einen Antrag der Fleischer-Zunftung auf Aufhebung des Octrois für Schlachtvieh in unentgeltlicher Abstimmung mit 22 gegen 13 Stimmen (12 Socialdemokraten und 1 jezt in das bürgerliche Lager Abgewanderte) ab. Für den Fall der Aufhebung des Octrois wollte die Fleischer-Zunftung den Preis des Schweinefleisches um 5 Pf. und den für Rindfleisch um 4 Pf. pro Pfund herabsetzen und dies bis 1. April 1903 garantieren event. auch bei Verbilligung des Viehes noch weiter mit den Fleischpreisen heruntergehen. Eine Verteuerung während dieser Zeit sollte nicht stattfinden.

Man erhebt aus dem Anbieten der Fleischer, in welcher Weise der Konsumt durch die indirekten Steuern belastet wird.

Aus dem Wahlkreis Stöders. Die Zollwüchergesellschaft hat selbst jene Gegenden der socialdemokratischen Agitation erschlossen, die bisher am weitesten in der Aufklärung zurückgeblieben sind.

Zu diesen Kreisen gehört das Königtum Stöders, Siegen, in dem bei den 1898er Wahlen, obwohl der Kreis industriell entwickelt ist, nur 303 socialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, während Herr Stöders in der Hauptwahl 10 551, in der Stichwahl 12 000 Stimmen erhielt.

Mitglied fand nun in Siegen eine Vollversammlung statt, in der Genosse Haberland aus Parnen über den „Proz. und Fleischwücher“ referierte. Die Stöderianer waren erschienen, an ihrer Spitze Dr. Durlhard, um dem Einbruch der Unmilitäriser entgegen zu treten. Während der scharfen Angriffe auf das Stöderische Christentum der Protestierung wurden die Christlich-Socialen wiederholt recht lebhaft. Aber der socialdemokratische Redner fand andererseits stürmischen Beifall, den die Stöderleute in der nachfolgenden Diskussion so wenig zu dezentem vermagten, daß sie ihn vielmehr noch durch ihre Ausführungen steigerten. Sie ernteten, wie aus Siegen berichtet wird, Hohn und Spott. Ein christlich-socialer Unternehmer führte sich so unmanierlich auf, daß er angefordert werden mußte, den Saal zu verlassen. Schließlich wurde die Resolution gegen den Zollwücher — zum Schmerz der Christlichen — angenommen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen, die gute Hoffnungen für die Wahlbewegung erweckt.

Gemeindevahlen in Bayern. Es wird uns geschrieben: Eine seine Gesellschaft hat sich zu den Gemeindevahlen in Würzburg zusammengeschlossen. Nationalliberale, Centrum, und Demokraten schlossen einen Pakt mit einander, um durch eine gemeinsame Kandidatenliste den Einbruch der Socialdemokraten auf das Würzburger Rathaus abzuwehren.

Der Widerstand des bayrischen Gemeinde-Wahlrechts, das nur gegen eine hohe, von den Wählerbestimmten schwer zu erwerbende Gebühr, neben andern, nur bei den Besitzenden im größeren Maßstabe vorhandenen Voraussetzungen, erworben werden kann, wird durch die Aufstellung der Wählerliste in der Stadt Hof trefflich illustriert. Nach diesen Listen sind nur 1300 Bürger vorhanden, die berechtigt sind, aus ihrer Mitte diejenigen Leute zu erklären, die sie für würdig und befähigt halten, die Geschäfte der Stadt zu lenken. Dabei zählt Hof ca. 35 000 Einwohner und bei der letzten Reichstagswahl gaben von etwa 7000 Wählern 4700 ihre Stimmen ab, wovon 2000 auf den socialdemokratischen Kandidaten entfielen. Wie die Art „Vollvertretung“, die aus solcher Wahl hervorgeht, beschaffen ist, kann man leicht errathen.

In Nürnberg, dem Hauptst. der Socialdemokratie in Bayern, sind die Gemeindevahlen auf den 22. November festgesetzt. Auch hier kommt in der Zahl der Wahlberechtigten die ganze Ungerechtigkeit dieses Wahlsystems zum Ausdruck. Es sind deren etwas über 10 000 von ungefähr 270 000 Einwohnern, die Nürnberg gegenwärtig zählt. 1900 bei der Reichstags-Wahl wurden von 55 000 Reichstags-Wahlberechtigten in der Stadt 35 800 Stimmen abgegeben, wovon 21 400 der Socialdemokrat entfiel. Trotz ihrer Ueberzahl sind die Socialdemokraten in der Stadtverwaltung gar nicht vertreten, weil die freisinnig-liberale Gesellschaft, die darin das Ruder führt, alle Wahlberechtigter für die Arbeiter unter den schätzbarsten Ausflüchten ablehnt.

Das Kapitel des Duellewahnens wird uns aus Baden vom 9. Oktober geschrieben: Großes Aufsehen erregt im ganzen Lande ein Duell mit tödlichem Ausgang, das am Dienstag früh in Karlsruhe zwischen zwei Studierenden stattfand. Der eine in diesem Falle äußerst geringfügige Anlaß zu der blutigen Affäre war nach den Mitteilungen der Tagespresse der folgende: Der stud. jur. Reich aus Karlsruhe sah in der Nacht vom 28. zum 29. September d. J. mit zwei Bekannten im Café, an einem benachbarten Tisch der stud. rer. ing. Ruf aus Dandau (Efal), mit dem Studenten J. Lehnerer, mit Reich bekannt, saßte sich dadurch verlegt, daß Reich ihn früher einigemale nicht begrüßt hatte, und ersuchte Reich wocds Aufklärung mit ihm in einem Nebenraum zu verhandeln. Reich kam dem Ersuchen nach, und beide lehrten bald darauf nach einer resoluten verlassenen Ansprache an ihre Tische zurück. Reich äußerte dabei, nachdem er wieder Platz genommen hatte, zu seinen beiden Bekannten im Hinblick auf die Zugehörigkeit des J. zum Karlsruhe S. O. und mit Rücksicht auf frühere Vorfälle: „Was sich diese Karlsruhe Corpsstudenten doch alles einbilden!“ Reich hatte diese Aeußerung für seine Bekannten berechnet und hielt es für ausgeschlossen, daß sie an einem Rebenstisch gehalten werden konnte. Auf wia jedoch diese Aeußerung gehört werden sollte, in der Form: „Was sich diese d. u. m. e. n. Karlsruhe Corpsstudenten doch alles einbilden!“ und schloß sich hierdurch als Angehöriger des Karlsruhe S. O. beiseite. Er trat deshalb an den Tisch des Reich heran und ersuchte diesen, mit ihm hinauszugehen. Reich, der

sich keiner Verteidigung bewußt war, erklärte in ruhigem Tone, er habe keine Veranlassung, hinauszugehen, und blieb auf seinem Platz sitzen. In dem Moment, da Reich sich seinen Bekannten wieder zuwandte, schlug auf den Reich von rechts mit der Hand ins Gesicht und zwar so stark, daß Reich blutete. Ein Erwidern des Schläges durch Reich wurde durch das Dazwischentreten Dritter verhindert. Da auf be. diesem Vorfall völlig nüchtern war, stellte Reich eine Pistolenforderung, die am Dienstag früh zum Austrag kam, wobei Reich durch einen Schuß in den Unterleib derart schwer verletzt wurde, daß er noch am selben Abend im städtischen Krankenhaus starb.

Ausland.

Der Generalstreik in Genf.

Wie es auch um die anarchistische Streik-Agitation in Genf stehen mag, Thatsache ist es jedenfalls, daß fast die ganze Arbeiterschaft Genfs mit Begeisterung in den Generalstreik eingetreten ist. Und ebenso bestimmt geht aus den Berichten hervor, daß die Regierung mit rigoröser Strenge gegen die Ausführenden vorgeht und namentlich im Abschreiben unliebsamer Ausländer Außerordentliches leistet. Ob durch ein besonnenes Nachgeben die Leidenschaften sich nicht eher beruhigen ließen? Kögen zehnmal Anarchisten hinter dem Generalstreik stehen, durch Massenansammlungen, Sprengen von Demonstrationen, militärisches Massenaufgebot und dergleichen scharfmächtige Mauther vernag man eine irreführte Menge zu allererst zur Vernunft zurückzuführen. Die Regierung wird es zum guten Teil selbst zuzuschreiben haben, wenn die Streikenden bei einer angeblich falschen Taktik verharren und es möglicherweise zu tumultuarischen Szenen kommt.

Es liegen heute folgende Nachrichten vor: Genf, 10. Oktober. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Heute vormittag veranstalteten die Ausführenden einen Aufruf durch die Stadt mit umföorten Fahnen, wurden aber von dem Militär auseinandergetrieben. Es kam dabei zu Faustschlägen und Kolbenstößen. Einige Personen wurden leicht verletzt. Einzelne Kaufleute sind geschlossen. Der Einfluß der Anarchisten auf die Bewegung wird immer offenkundiger.

Aus Anlaß der Kundgebungen in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, bei denen mehrere Personen, unter ihnen einige Soldaten, verletzt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, beschloß die Regierung ein weiteres Truppenaufgebot.

Die Angestellten der städtischen Gas-, Wasser- und Electricitätswerke beschloßen bei geschlossenen Thüren mit großer Mehrheit die Fortsetzung der Arbeit. Die Ausführenden veranstalteten gestern Abend gegen die Straßenbahngesellschaft eine Kundgebung, doch wurde der Platz ohne nennenswerten Zwischenfall vom Militär gesäubert. Es wurden zahlreiche Ausländer ausgewiesen und sofort abgeschoben. Namentlich sind viele Italiener von dieser Maßregel betroffen.

Neben eine am Donnerstag stattgehabte imposante Versammlung berichtet die „Frankf. Ztg.“: Eine von über 10 000 Personen beruhte Volksversammlung beschloß einstimmig die Fortsetzung des Generalstreiks. Alsdann zog eine Menge von mindestens 30 000 unter Demissionen gegen das Tramhahn-Direktionsgebäude. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Italien.

Die Urbarmachung der Sumpfe.

Eine offizielle Notiz meldet aus Italien, daß sich die Regierung entschlossen hat, die Initiative zur Urbarmachung der Sumpfe zu ergreifen. Es sollen bereits im Monat Oktober in der südlichen Provinz Apulien die Arbeiten in Angriff genommen und einer der Hauptsumpfe der Ländereien von Otranto trocken gelegt werden. Wir wiesen neulich in unserem Artikel „Drohende Massenarbeitslosigkeit“ auf die tiefenscheidende Bedeutung der Urbarmachung der Sumpfe Italiens hin. Aber nicht nur, daß der Arbeitslosigkeit auf Jahre hinaus gesteuert wird, Italien würde sich bei rationeller Durchführung der Urbarmachung ganze Provinzen ohne Säuerstreich und ohne Blutvergießen erobern, die wertvoller wären als alle Passaua und Tripoli. Diese hohe kulturelle That würde auch dem englischen Stammpunkte zu begrüßen sein, denn sie würde das grassierende Uebel der Malaria an der Wurzel fassen. — Unergründliches Lob sollen die Socialisten der Regierung, daß sie endlich die von ihnen seit Jahren propagierten Ideen und Wünsche zur Ausführung bringt.

Spanien.

Gibraltar, 9. Oktober. Infolge der von den spanischen Behörden angeordneten Schließung des in der spanischen Grenzzone gelegenen socialistischen Clubs kam es heute nachmittag zu schweren Aufrührungen, wobei die Socialisten auf die Polizei schossen. Diese erwiderte das Feuer. Fünf der Aufrührer sollen getödet und mehrere verwundet sein. Die Socialisten machten darauf einen Angriff auf das Rathaus und andre Gebäude, wurden aber von den Truppen zerstreut. Man fürchtet neue Aufrührer.

England.

England und Japan.

London, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Es zeigt sich immer deutlicher, daß der am 30. Januar 1902 abgeschlossene Vertrag zwischen England und Japan für die Gestaltung der ostasiatischen Verhältnisse von großer Bedeutung werden wird. Die japanische Politik ist darauf gerichtet, China zu reorganisieren und es den modernen Verhältnissen, d. h. dem Kulturideal der herrschenden Klassen Europas anzupassen. Es ist kein hohes Kulturideal, denn es besteht in einer starken Armee und Flotte und in der ungestörten Ausbeutungsfreiheit des Proletariats und der fremden Massen. Dennoch ist es im socialpolitischen Interesse Europas zu wünschen, daß die Bemühungen Japans von Erfolg gekrönt sein möchten. Nur eine japanische Vorherrschaft in Ostasien könnte dem westlichen und russischen Humanum einen Nadel vorgeschoben. Fünf bis sechshundert junge Chinesen studieren bereits in Tokio, jedoch scheinbar gewisse Intriguen zu spielen, um diesen Erziehungsplan zu durchkreuzen. Die Mandschu-Dynastie fürchtet den revolutionären Einfluß japanischer Staatsideen.

Daß England den japanischen Plänen in Ostasien Vorkühn leisten will, geschieht gewiß nicht aus humanitären Beweggründen. England ist imperialistisch gefättigt; seine Politik ist deshalb die Aufrechterhaltung des status quo in Asien und Afrika. In diesem Zwecke braucht es ein starkes Japan, um vereinigt mit ihm den Potenzen Australiens, Frankreichs und Deutschlands das Gleichgewicht halten zu können. Japan hat das Eingreifen dieser drei Mächte im Jahre 1895 nicht verstanden. Um derartigen Vorkommnissen für die Folge vorzubeugen, sowie um seine Macht im Stillen Ocean geltend machen zu können, ist Japan jezt beschäftigt, seine Flotte zu stärken. Heute wird in London eine japanische Anleihe von 5 Millionen Pfd. Sterl. (über 100 Millionen Mark) aufgelegt, die ohne Zweifel von Erfolg sein wird. Diese Anleihe wird hauptsächlich zum Ausbau der Flotte verwendet werden. Gleichzeitig wird aus Yokohama gemeldet, daß die japanische Legation in London zum Range einer Gesandtschaft erhoben wird.

Die Stärkung der japanischen Seemacht und der engere Anfluß Japans an England zeigen, daß der Stille Ocean noch lange nicht russisch wird, ebenso wenig wie der Atlantische bald deutsch wird. Die japanische Anleihe und das Abkommen der englischen Regierung mit der Emerald-Gesellschaft bilden vielleicht eine Antwort auf den Abkündigungs-Kaiser Wilhelm II. an den Baron in Kaval: „Der Admiral des Atlantischen Oceans an den Admiral des Stillen Oceans.“

Dänemark.

Gute Zeiten für die Landwirtschaft. Der Preis für 100 Pfund Schlachtgewicht für Extra-Klasse-Schweine der großen Genossenschaft-Schweineflächerei im Amt Kalborg betrug Ende September in den Jahren

1890:	32 Kronen.
1900:	41 „
1901:	45 „
1902:	50 „

Die Schweinepreise sind gegenwärtig höher als jemals. Berechnet man das Schlachtgewicht eines Schweines auf 130 Pfund, so beträgt der Preis jezt 65 Kr. gegen nur 41,60 Kr. im Jahre 1890. Der Bauer nimmt also für ein Schwein jezt 23,40 Kr. mehr ein, als vor 3 Jahren. Der dänische Landwirtschaftsminister hatte also guten Grund zu sagen: die Landwirtschaft habe nie so gute Zeiten gehabt als gerade jezt. Dagegen sind teure Zeiten für die Arbeiter, auch in Dänemark. Im Frühling und Sommer dieses Jahres kaufte man in Kopenhagen noch das Pfund Speck für 45 Derc und darunter beim Kleinhändler, jezt muß man 50—54 Derc (50—60 Pf.) dafür zahlen. Das ist in einem Lande, das keine Lebensmittelzölle kennt, ein enormer Preis. In Berlin muß man allerdings 60 Pf. oder gar 1 Mk. für das Pfund Speck zahlen, und damit geben sich viele Junier noch nicht einmal zufrieden!

Rußland.

Bäuerlicher Kader. Ueber zwei sensationelle politische Morde berichtet, nach der „S. Ztg.“, Lemberger Blätter aus Rußisch-Polen. Es soll sich dort besonders in der Gegend von Lublin seit einiger Zeit eine nationale Bauernbewegung bemerkbar gemacht haben, der die Behörden große Aufmerksamkeit zuzuwanden. Wiederholt wurden nach den Dörfern unweit des Städtchens Bawolnica aus Lublin Polizeibeamte geschickt. Dieser Tage begab sich auch ein Polizeiwachmeister mit einem Geheimpolizisten nach dem Städtchen Bawolnica und nahm in den Nachbardörfern von Bawolnica eingehende Hausdurchsuchungen vor. Die Hausdurchsuchungen waren außerordentlich gründlich und sollen die Bauern insofern sehr erbittert haben. Abends wollten sich die Beamten nach B. zurückbegeben. Am nächsten Tage fand man nicht weit von B. auf freier Felde den Polizeiwachmeister und den Polizeigenossen als Leichen. Der Polizeigenosse war durch einen Schuß, der ihn in den Rücken getroffen, ermordet worden. Der Polizeiwachmeister war vorher anscheinend erbrochelt und dann in eine letzte Lage geworfen worden, aus der aber der Leichnam noch teilweise hervorrage. Die Behörden entsandten eine eifrige Thätigkeit, um die Mörder ansündig zu machen, und verhafteten zahlreiche Bauern. Aber es fehlt von den Mördern jede Spur.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur jezt in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir erziehen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung und rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate befinden sich in:
- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
 - Aitona, Große Bergstr. 204 I.
 - Berlin SO., Engel-Arte 15.
 - Beuthen (O.-S.), Schloßhansstr. 6.
 - Böhm, Johannerstr. 22.
 - Bremen, Dierhorstr. 26 I.
 - Breslau, Pflanzergasse 18/19 I.
 - Cassel, Wildemannsgasse 20 II.
 - Darmstadt, Elisabethstr. 31.
 - Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
 - Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
 - Gera, Hospitalstr. 21 I.
 - Gelsenkirchen, Hofstr. 53.
 - Gotha, Erfurterstraße (altes Gerichtsgebäude).
 - Halle a. S., Weisstr. 21.
 - Hamburg, Gämsmarkt 35 II.
 - Hannover, Artilleriestr. 13.
 - Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
 - Hertshu, Karrenstr. 2.
 - Jena, Saalbaustr. 3.
 - Kiel, Gassstr. 24 parterre.
 - Kön a. Rh., Poststr. 50.
 - Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
 - Lübeck, Johannerstr. 46, part.
 - Mannheim, S. 3, 10.
 - Mühlheim a. Main, Weisenstr. 3.
 - München, Baaderstr. 1 I.
 - Neu-Ruppin, Karlstr. 13.
 - Nürnberg, Egidienplatz 22.
 - Posen, Freitenstr. 21.
 - Renscheid, Köhlerstr. 18.
 - Striegau, Ziganstraße.
 - Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
 - Tuttlingen, Schloßhauerstr. 24.
 - Waldenburg-Altweiser.
 - Wolgast, Kronenstr. 4, part. links.
 - Würzburg, Mühlenstr. 12.
- Berlin, den 8. Oktober 1902. Der Parteivorstand. Strenzbergstr. 30.

Um Manfred Wittich ist in Leipzig ein Streit entstanden, der nicht nur an sich sehr bedauerlich ist, sondern auch in recht unerquicklicher Form ausgetragen wird. Unter der Chiffre A. M., hinter der man Wittichs Bieme, eine geborene Anna Rothe sucht, ist im Verlage des Genossen Lipinski in Leipzig in Form einer kleinen Broschüre ein Lebens- und Charakterbild Wittichs erschienen. Auf den beiden letzten Seiten der Broschüre werden Vorwürfe gegen die Leitung der Leipziger Partei erhoben, daß sie Wittich gegenüber rückständig verfahren sei, ihn in Not gelassen habe, und daß dies zu seinem Zusammenbruch beigetragen habe. Wittich sei gleich bei dem Eintritt Schönlands in die Redaktion des Leipziger Parteiblattes von diesem in tränkender Weise behandelt worden und deshalb aus der Redaktion ausgetreten. Als freiem Mitarbeiter habe man ihm seine Arbeiten dann meist unter allerlei Vorwänden zurückgeschickt. Nach Schönlands Tode hätte Wittich sich wieder bemüht, zur „Leipziger Volkszeitung“ in ein festes Verhältnis zu kommen, man habe ihm aber am Ende Zeilenhonorar geboten und da auf diese Weise seine letzten Hoffnungen schlagend gescheitert, sei er, der schon krank war, vollends zusammengebrochen.

Man kann sehr zweifelhaft sein, ob es besonders taktvoll war, diese Dinge überhaupt an die Öffentlichkeit zu bringen, umso mehr, als darin auch gegen Schönland Beschuldigungen erhoben werden, gegen die dieser sich nicht mehr verteidigen kann. Um so bedenklicher wird das aber, wenn die Darstellung zwar einen Teil Wahrheit, aber doch nicht die ganze Wahrheit giebt. Wer solche Vorgänge behandeln will, muß den Dingen möglichst objektiv gegenüber stehen, will er nicht einseitig und dadurch unklar werden. Es ist menschlich begreiflich, daß die Witwe des einen tragischen Opfers verfallen Namenes ganz einseitig für ihn Partei ergreift, aber die Wahrheit kommt dabei eben doch zu kurz.

Daß die Leipziger Parteigenossen auf diese Vorwürfe antworten mußten, ist selbstverständlich. Sie thun das in einer vom Agitationskomitee unterzeichneten längeren Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 9. Oktober. Darin werden die Vorgänge seit Wittichs Austritt aus der Redaktion gleichfalls geschildert, natürlich abweichend von der Darstellung der Broschüre. Es wird bestritten, daß

Wittich fränkend behandelt worden sei und die Schuld auf seine große
Neizbarkeit geschoben. Wesentlich ist die Angabe, daß ihm zuletzt ein
feines Mitarbeiterverhältnis mit einem garantierten Einkommen von
1200 bis 1500 M. geboten worden sei und Wittich sich damit aus-
drücklich einverstanden erklärt habe. Unterdeß sei aber die Erkrankung
eingetreten, die zur Katastrophe führte.

Soweit von der Schuld oder Nichtschuld des einen oder des
anderen Teils die Rede ist, mag auch diese Darstellung nicht unan-
sehnlich sein, denn auch hier mag Parteifärbung vorhanden sein, die
aber auch begründet ist. Sehr merkwürdig ist jedoch an der Er-
klärung dasjenige, was mit der sachlichen Zurückweisung falscher
Darstellungen nichts zu tun hat. Eingang und Schluß der Er-
klärung bewegen sich in so heftigen Superlativen gegen die Profchüre
und gegen den Verleger derselben, Genossen Lipinski, daß sie der
Erklärung nicht zum Vorteil gereichen. Es wäre würdiger gewesen,
wenn man sich auf die sachliche Zurückweisung der Vorwürfe be-
schränkt hätte.

Die dauerlichen Vorgänge sind und vor allem ein erneuter
Wetwettbewerb, wie dringend nötig die Einrichtung war, die sich
Partei- und Gewerkschaftsangehörige in ihrer Invaliden- und Hinter-
bliebenen-Versicherung geschaffen haben. Solche tragischen Konstellationen
werden, wenn nicht ganz unmöglich, so doch wesentlich gemindert
durch die nun eingeführte geregelte Invaliden-Unterstützung, an deren
Förderung Partei- und Gewerkschaften das lebhafteste Interesse haben.

Zur Polenfrage. In einer am 8. Oktober in Posen ab-
gehaltenen staal befürchteten Versammlung der Mitglieder des Wahl-
vereins wurde Stellung genommen zur Einigungs-Konferenz und drei
Genossen hierzu delegiert. Die Versammelten waren sich darin
einig, daß die Genossen in Posen, ganz gleich welcher Nationalität,
das Bestreben haben müßten und auch haben, mit der social-
demokratischen Partei Deutschlands geschlossen zu maršieren; sie
können eine Arbeiterorganisation nicht anerkennen. Die nationalen
Eigenheiten sollten nicht angestreift werden. Da sich aber in zwei
Organisationen nicht arbeiten läßt, muß sich die Sonder-
organisation der Polen, die P. P. S. auflösen und sich den
Beschlüssen der deutschen Socialdemokratie fügen. Die Resolution,
die in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung der P. P. S.
angenommen wurde, wurde bekräftigt. Die Delegierten wurden jedoch
beauftragt alles zu thun, um eine Einigung herbeizuführen.

Totenliste der Partei. Ein langjähriger Parteigenosse, der
Cigarettenarbeiter Eggers in Wandsbeck, ist nach kurzem,
schwerem Leiden im 70. Lebensjahre verstorben. Er ist einer von
der „alten Garde“, die immer mehr zusammenschwindet. In den
letzten Jahren gründete er mit einigen andern Genossen die Wands-
beker Mitgliederversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.
E. ist seinen in der Jugend als recht erkannten politischen Grund-
sätzen bis zum letzten Atemzug treu geblieben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit dem Formertreil bei der Firma Grunauer n. Comp. be-
schäftigte sich am Donnerstag eine harte Besprechung der
Formertreil und Berufsgenossen. Den Situationsbericht gab Plath.
Danach sind in dem Betriebe Lohnunterschiede schon seit
längerer Zeit an der Tagesordnung gewesen. Alle acht
oder vierzehn Tage mußte die Lohnkommission wegen tarifwidriger
Herabdrückung der Accordlöhne Einwendungen erheben. In letzter
Zeit hatten sich die Lohnunterschiede bis zur Unerträglichkeit gesteigert,
so daß ein Streik unvermeidlich war. Während der ersten Tage des
Streiks fanden sich keine Arbeitswilligen ein, weshalb sich die Firma
schon zu Unterhandlungen geneigt zeigte. Durch das bekannte
Eingreifen der Vertrauenskommission des Nähmaschinen-Ver-
bandes verliefen diese jedoch resultatlos. Hierauf wollte
Herr Grunauer die Differenzen mit seinen Formern selbst er-
ledigen. Er überließ der Lohnkommission der Formertreil einen
Tarif und bemerkte dabei gleichzeitig, daß er seinen Kunden jetzt
die Beendigung des Streiks mitteilen werde. Da der Tarif aber
absolut keine Verbesserungen enthielt, so lehnten die Formertreil ein Ein-
gehen darauf ab und streikten weiter. Mittlerweile war es der
Firma gelungen, aus Leipzig und Chemnitz Arbeitswillige heran-
zuführen; infolgedessen ließ sie sich auf weitere Verhandlungen nicht
ein. Am Donnerstag jedoch gelang es den Streikenden, mit
einem neu angeworbenen Arbeitswilligen ein vernünftiges Wort
zu reden. Dieser bearbeitete in der Fabrik seine Kollegen
und die Folge war, daß schon am Nachmittage sämt-
liche Arbeitswilligen die Fabrik verließen. Herr Grunauer ver-
sprach ihnen zwar alles mögliche. So z. B. sollten sie freibier
haben, so viel sie nur trinken wollten. Ja er bot den
arbeitswilligen Kernmachern einen Stundenlohn
von 80 Pf., während die Streikenden nur 38 Pf.
gefordert hatten! Das war jedoch vergeblich. Die Arbeits-
willigen reisten ab. Die Formertreil ist jetzt wieder leer.
Der Verkehr mit den Streikbrechern wird den Streikenden
außerordentlich erschwert durch das Vorgehen der Polizei gegen
die Streikposten. Ist sind hier bis fünf Schutzleute vor der Fabrik
postiert, und wer auf ihre Aufforderung hin nicht gleich weiter geht,
der wird kurzerhand sistiert; so sind an manchen Tagen wohl ein
halbes Duzend Sistierungen erfolgt. Trotz alledem ist der Stand
des Streikes ein zufriedenstellender, die Formertreil hoffen auf einen
baldigen Vergleich.

In der Versammlung wurde unter anderem auch mitgeteilt, daß
bei der Firma Vossig die vor kurzem gemachten Zugaben nicht
innegehalten worden seien. Am Mittwoch ist bereits wieder eine
Kommission dieserhalb beim Direktor Dorn vorstellig geworden.
Dieser hat die zugesagte Zahlung für vorläufige Guth für diesmal
zwar noch bewilligt, jedoch durchbilden lassen, daß dies in Zukunft
nicht mehr geschehen werde. Unter solchen Umständen sei es leicht
möglich, daß nachdem der Dreiertreil beendet, in nächster Zeit dort
wieder ein Formertreil ausbricht.

Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen. Eine am Donnerstag ab-
gehaltene Versammlung beschäftigte sich mit zwei Verfassensstreiks, durch
die die Angehörigen dieser Branche des Buchbinder-Verbandes
wieder einmal bewiesen haben, daß auch sie im Stande und gewillt
sind, für eine Verbesserung ihrer meist sehr elenden Lebenslage ge-
meinsam einzutreten. Bei der Firma Mag Weß, Adalbertstraße,
war es den Arbeitern mit Hilfe der Organisation gelungen, die zahl-
reichen Mißstände einzuführen und einige Verbesserungen der
Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Statt der 10stündigen wurde die
11stündige Arbeitszeit eingeführt; für Ueberstunden, durch die die
Arbeitszeit oft auf 15, ja 17 Stunden ausgedehnt wurde, gelang es,
einen Zuschlag von 30 Pro. festzusetzen. Nun kam ein neuer Ver-
fasser in die Werkstätte und dieser suchte dann diese kleinen Er-
werbsschancen wieder rückgängig zu machen und den Prozent-
zuschlag wieder abzuschaffen. Kellere Arbeiter, die sich dem nicht
fügen wollten, wurden ohne weiteres entlassen. Das war der Grund,
weßhalb vor anderthalb Wochen sämtliche Arbeiter bis auf
zwei in den Streik traten. Der Firmeneinhaber aber wollte
die Forderungen; Weiterzahlung des Zuschlags, Wiedereinstellung
der Gemahregelten und Anerkennung der Organisation, nicht be-
willigen und erklärte; er wolle Herr im Hause sein. Inzwischen ist
es ihm gelungen, seine Werkstätte mit Streikbrechern zu besetzen, so
daß der Streik zur Zeit als aussichtslos anzusehen ist. Anders ver-
hielt der Streik der Buchbinder der Kartonnfabrik von Geißler,
Kunzestraße. Hier gelang es innerhalb zwei Tagen, einen nennens-
werten Lohnzuschlag, Bezahlung der Feiertage und Anerkennung der
gesetzlichen Abmündigungsfrist durchzusetzen. Und dieses gute Resultat
haben die Arbeiter wesentlich dem Umstand zu verdanken, daß die
Arbeiterinnen der Firma erklärten, sie würden auf keinen Fall Zu-
sammitt mit den Arbeitswilligen verhandeln und, wenn das verlangt
würde, sofort sämtlich die Arbeit niederlegen. Der Referent
W. K. n. er hob dieses solidarische Verhalten der Arbeiterinnen rüh-
mend hervor und wies darauf hin, welche Macht die Arbeiter und
Arbeiterinnen der Kartonnfabrik zur Verbesserung ihrer wirtschaft-
lichen Lage entfalten können, wenn sie fest zusammen halten. — Die

Versammlung beschloß nach kurzer Diskussion, den Streik bei
Mag Weß für beendet zu erklären und über diese Firma die
Sperre zu verhängen. —

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Dreier in der
Garbin-Raschensfabrik dauert ununterbrochen fort. Ebenso
der Formertreil bei Grunauer. Beide Firmen suchen
auswärts Ersatzkräfte und bitten deshalb dringend die
andwärtsigen arbeiterfreundlichen Blätter um Nachdruck dieser Notiz.
Auch der Streik der Adler bei der Firma Heinze dauert
fort. Zugug ist streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Metallarbeiter vom Anhalter Bahnhof haben die Arbeit zu den
alten Bedingungen wieder aufgenommen. Einige der Streikenden
sind nicht wieder eingestellt worden, sie werden bis auf weiteres aus
der Verbandsliste unterstügt.

Der Streik der Fenstermacher beim Internationalen Reinigungs-
Institut (Zuhaber Kellen) ist noch am Donnerstag durch gegenseitige
Vereinbarungen beendet worden. Den Arbeitern wurde ein Mindest-
lohn von 10 M. pro Woche garantiert und hat Herr Kellen die
sonstigen Bestimmungen des im Verufe stehenden Tarifs durch
Unterstützung anerkannt. Die Arbeiter haben infolge dessen am Freitag
früh sämtlich wieder die Arbeit aufgenommen.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Textilarbeiter im Vogtlande wird uns
aus Meerane telegraphisch gemeldet, daß als Antwort auf den
Unternehmertarif gestern mittag 2500 Textilarbeiter in den Ausstand
getreten sind. Sämtliche Fabriken stehen still.

In dem Streik in den Rön-Lindenthaler Metallwerken sind
Schloßer, Dreher, Schleifer, Formner und Hilfsarbeiter beteiligt, im
ganzen etwa 350. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Ausstand gab die
Maßregelung von 18 organisierten Arbeitern, nachdem schon seit
längerer Zeit Herabsetzungen der Accordlöhne sowie Chikanierungen
seitens der Meister vorausgegangen waren. Zuerst wurden sieben die
von uns bereits mitgeteilten Vorgänge eine erhebliche Rolle unter
den Ursachen des Streiks. In dem Betriebe werden hauptsächlich
moderne Metallmöbel und Fahrräder angefertigt. — Die Streikenden
erfuchen um Fernhaltung des Zuguges.

Das christliche Reichs-Arbeitersekretariat, welches bekanntlich,
einem Beschluß des christlichen Gewerkschaftskongresses zufolge, am
1. Oktober in Berlin errichtet werden sollte, bleibt einstweilen noch
ein freier Dienst des Herrn Nimm und seiner christlichen Gefolgs-
schaft. Die Deutschen sind zu der Einsicht gekommen, daß man solche
Einrichtungen im Dunstkreis wohl beschließen, aber nicht so
leicht ins Leben rufen kann, und sie haben ihren Plan deshalb —
wie sie sagen — vertagt. In Wirklichkeit dürfte er begraben sein.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeitszeit der Frauen.

In der amtlichen Umfrage über die Verkürzung der Arbeitszeit
der Frauen wird auch die Frage gestellt, ob „zweidrittel und aus-
führbar erscheine“, an den Somabenden und den Tagen vor Festen
sechser als 5 1/2 Uhr aufzuhören. Aus den schon erwähnten Ver-
weigerungen der hundertfachen Unternehmer kann der „Volkswille“ mit-
teilen, daß auch diese Frage von den meisten Unternehmern ver-
neint wird. Als Grund für die Verneinung der Frage wird auch
in diesem Falle sehr häufig angegeben, daß man befürchte,
auch die männlichen Arbeiter würden davon betroffen werden.
Ebenso wird die Befürchtung ausgesprochen, daß man dann bald
dazu gelangen könnte, den ganzen Somabendnachmittag freizugeben.
Beide Gründe, wenn sie zutreffend sind, können und nur veranlassen,
mit um so größerer Entschiedenheit für diese Maßregel einzutreten;
beide Folgen halten wir für durchaus wünschenswert.

Von einigen Betrieben wird jedoch auch, zu dieser Frage eine
verständigere Antwort erteilt. So sind die Betriebe der Gummi-
industrie mit einem früheren Schluß einverstanden. Ein Betrieb
schlägt 5 Uhr vor, ein anderer 4 Uhr, da erfahrungsgemäß an diesen
Tagen die Arbeit den Arbeiterinnen nur sehr schwer
von der Hand geht. In einer dritten Fabrik ist der
Arbeitslohn an den genannten Tagen schon seit längerer
Zeit auf 9 1/2 Uhr festgelegt und war wird gearbeitet
von 8 Uhr morgens bis 1 1/2 Uhr mit je 1/2 stündiger Frühstück- und
Mittagspause. — In der Ultramarinfabrikation würde der Arbeits-
lohn an den genannten Tagen sich ohne große Nachteile auf 5 Uhr
verlegen lassen. — In einem Betriebe der Gekochwasserfabrikation
erfolgt der Arbeitslohn an den Somabenden bereits um 2 Uhr
nachmittags. Dies hat sich als sehr praktisch erwiesen und wird von
der Arbeiterschaft gern anerkannt.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Konkurrenz in der Mälerei schreibt die Arbeitermarkt-
Korrespondenz:

Die zunehmende Erschwerung des Exports steigert die schon
lange bestehende Ueberzeugung an Wohl noch fortgesetzt. Wenn
auch der Zahl nach die Kleinbetriebe vorherrschend sind, ihr Anteil
an der Mehlerzeugung ist doch in stetigem Aufgang begriffen. Die
großen Dampfmühlen am Rhein und namentlich in den norddeutschen
Hafenplätzen überfluteten das Land bis in die kleinsten Orts-
schäfer hinein mit ihren Produkten. Die Handwerker Miesmühlen
reihen mehr und mehr das Weizenmehlgeschäft an sich. In Gegenden,
wo sonst schlesische, preussische, medienburgische und sächsische Marken
gehandelt wurden, trifft man jetzt überall die Marken jener Groß-
mühlen an, denen jede Konkurrenz unterliegt. Die Stettiner Mühlen,
die ganz besonders nördlichen Roggen einzufahren Gelegenheiten haben,
machen den Provinzmühlen im Roggenmehlgeschäft gleichfalls ver-
stärkter Konkurrenz. Die Ursache der gewaltigen Ueberzeugung,
an der die mittleren und kleineren Mühlen zu Grunde gehen, ist
darin zu finden, daß die Exportmühlen keinen Abzug im Ausland
finden und daher gezwungen sind, ihre Produkte auf dem Inlands-
markt abzusetzen. Dabei verkaufen die Exportmühlen auf Lieferung
für das ganze Jahr, weil es ihnen leicht wird, sich mit ausländischen
Getreide zu decken. Den binnenländischen Mühlen fehlt aber diese
Möglichkeit. Derselben können nur auf ganz kurze Lieferung ein-
und verkaufen, während die Auslandsfabrik Liefer für das ganze Jahr
abschließen will. Die Marktpreise haben infolge des außerordentlichen
Angebotes einen Tiefstand erreicht, der zu den Getreidepreisen in
keinem Verhältnis mehr steht.

Zum Kohlenmarkt. Schon kürzlich wurde an dieser Stelle hervor-
gehoben, daß im schlesischen Kohlenrevier die Lage sich eher ver-
schlechtert als verbessert hat. Der Rinderverkauf an Industriekohle
wird durch den etwas stärkeren Verkauf von Hausbrandkohle kaum
gedeckt und während sonst Ende September eine allgemeine
Velebung des Geschäfts einsetzt, macht sich in diesem
Jahre eine Abschwächung bemerkbar. Eine Bestätigung hierzu
liefert ein Breslauer Telegramm der „Vossischen Zeitung“, in dem es
heißt: In der letzten Zeit sind auf fast allen Gruben Feierschichten
eingelegt worden, auch die Vorkreuzungen Gruben haben während
der letzten Zeit in jeder Woche für einen Tag die Förderung auf
sämtlichen Schächten eingestellt.

Verbandsvereinigung der rheinischen Zementfabrikanten. Die
„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet aus Dortmund: Die
rheinisch-westfälischen Zementfabrikanten beschloßen in ihrer heutigen
Versammlung die Annahme des vorliegenden Vertragsentwurfs zur
Bildung einer Verkaufsvereinigung. Zum Abschluß des Vertrages
sind im Laufe dieses Monats eine Versammlung statt. Nach Kon-
stanzierung der Verkaufsvereinigung soll mit den benachbarten Gruppen
eine Einigung angestrebt werden.

Zur Lage in der Eisenindustrie. Nach einer „Loffan“-Meldung
sind in den Düsseldorf großen Hütten- und Eisenwalzwerken,
welche gegen 2000 Leute beschäftigen, größere Arbeiterentlassungen

bevor. Ein großer Teil der Arbeiterschaft hat die Kündigung Exzelle
in den Händen.

Sociales.

Auf dem internationalen Kongress zur Befämpfung des Mädchen-
handels wurde auch am Donnerstag in demselben Geiste weiter ver-
handelt und beschlossen, wie schon am ersten Tage. Viel Wohl-
wollen, viel Gerebe von Gerechtigkeit und Gottes Hilfe, im übrigen
kein anderer Rat wie Bekämpfung der Behörden und härteste Strafen
für die Mädchenhändler. Dagegen hat der Kongress der großen
Herren allerdings gezeigt, daß er über die Ursachen des Übels,
das er bekämpfen will, und über ernsthaftige Mittel zur Befämpfung der Ur-
sachen gar nicht belehrt sein will. Es nahm nämlich Frau H e n r i e t t e
F i r t h das Wort, um die sociale Grundfrage der Prostituition und des
Mädchenhandels zu beleuchten. Sie sprach von der wirtschaftlichen
Not und der Ausbeutung, wies auf die Notwendigkeit des Arbeiterinnen-
schutzes hin und die Förderung der Gewerkschaften, Sicherung aus-
kömmlicher Löhne und Gehalt der Vollbeschäftigung. Solche Töne
waren der vornehmen Gesellschaft höchst unwillkommen, stießen
lebhafteste Unterbrechungen waren das Echo, und der Vorsitzende, ein
Herr Senator Saburoff aus Petersburg, beistimmte sich, die Rednerin
auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam zu machen.

Für die meisten der Beteiligten scheint die ganze Sache nicht
mehr wie ein vornehmer Modesport zu sein.

In drei Jahren soll in Paris ein neuer Kongress abgehalten
werden.

Ein Krankenkassenstreik.

Die Firma Jahnmann u. Comp. in Magdeburg, die das Tabak-
gewerbe und außerdem ein kaufmännisches Geschäft betreibt, hatte
die Angestellten des letzteren bei der Orts-Krankenkasse für das
Schonungsgewerbe und die des letzteren bei der Orts-Krankenkasse für
den Gewerbebetrieb der Kaufleute jahrelang versichert. Als den Kassen
dieses Sachverhältnis und zugleich die Tatsache bekannt wurde, daß
im Gastwirtsbetriebe der Firma dreimal soviel Leute beschäftigt sind als
in ihrem Handelsgeschäft, da vereinbarten sie, daß vom 1. Juni
1901 ab sämtliche in beiden Betrieben der Firma beschäftigten ver-
sicherungspflichtigen Personen der Kasse für das Gastwirtsbetriebe
angehören sollten. Man wollte damit den Vorschriften des § 19
Absatz 4 des Krankenversicherungs-Gesetzes nachkommen, worin es
heißt: „Sind mehrere Gewerbezweige oder Betriebsarten zu einem
Betriebe vereinigt, so gehören die in dem beschäftigten versicherung-
spflichtigen Personen derjenigen Orts-Krankenkasse an, welche für den
Gewerbebetrieb oder die Betriebsart errichtet ist, wo die Mehrzahl
dieser Personen beschäftigt ist.“ Im Zweifel entscheidet die höhere
Verwaltungsbehörde endgültig.“

Die Kasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute etc. war indessen
durch die Neuordnung noch nicht ganz befriedigt. Sie forderte im
Klagewege von der Gastwirtsbetriebe noch 736 M. Ersetz, die sie an
Unterstützungen etc. für drei derjenigen Angestellten von Jahnmann
u. Comp., die bis zum 1. Juni 1901 als ihre Mitglieder galten, in
der Zeit vor dem 1. Juni 1901 gezahlt hatte. Unter Berufung auf
§ 19 Absatz 4 des Gesetzes machte die Klägerin geltend, die be-
treffenden Leute seien schon damals, wenn auch bei ihr versichert,
von Rechts wegen bei der Kasse für das Gastwirtsbetriebe versicherung-
spflichtig und unterstützungsberechtigt gewesen.

Das Ober-Verwaltungsgericht beurteilte die Beklagte, der Klägerin
die 736 M. nebst 4 Proz. Zinsen zu erstatten. Der Vorsitzende be-
merkte kurz, das Urteil ergebe sich daraus, daß der Senat annehme,
§ 19 Abs. 4 des Gesetzes enthalte nach seiner Bedeutung all-
gemeine Rechtsnormen.

Neue Arbeitsordnungen für die Gemeinde-Arbeiter wurden in
H a r t h t. O. aufgestellt und vom Magistrat in bloc angenommen.
Die tägliche Arbeitszeit für die in der städtischen Gasanstalt be-
schäftigten ist darin auf acht Stunden, für die sonstigen Ge-
meinde-Arbeiter auf 9 1/2 Stunden festgelegt. Vorher betrug die
Arbeitszeit 12 resp. 11 Stunden.

Arbeitsruhe. Eine neue Verordnung für die Hochhausmaler, die
Haar- und Vorhängerstricker, Bäcker und Fleischerarbeiten
dürfte in nächster Zeit zu erwarten sein, da der Bundesrat in seiner
letzten Sitzung entsprechenden Ansuchen zugestimmt hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Defraudationen.

Brag, 10. Oktober. (W. T. O.) Bei der hiesigen St. Wendels-
Vorkaufsstelle wurden nach dem Tode eines ihrer höheren Beamten
bedeutende Unterschlagungen entdeckt, was zur Folge hatte, daß der
Präsident der Vorkaufsstelle Romignore Troj und der
Buchhalter Kohst von ihren Ämtern suspendiert werden. Die
weiteren Erhebungen ergaben noch andere Fehlbeträge. Der gewesene
Präsident wurde nach dem Verhöre in Haft gehalten. Im
Laufe des heutigen Tages wurden der Oberbuchhalter Hartwig und
der Buchhalter Queber verhaftet. Die Höhe der defraudierten
Summe beträgt nach den angestellten Untersuchungen über drei
Millionen Kronen. Der Verlauf der Untersuchungen reicht
20 Jahre zurück. Durch Aufstellung falscher Bilanzen und infolge
mangelhafter Kontrolle war es möglich, daß die Defraudationen bis
jetzt unentdeckt blieben.

Belgrad, 10. Oktober. (W. T. O.) Nach amtlicher serbischer
Quelle kam es bei Kumanovo in Alt-Serbien zwischen Serben
und Albanen zu einem Zusammenstoß; auf beiden Seiten gab
es Tote und Verwundete. Die Serben sollen acht Tote
gehabt haben. — Aus Nisa wird gemeldet: Zwischen den Bos-
nierhütern Bessoliza und Jablowbar schossen Albanen aus einem
Unterhalt auf eine serbische Patrouille, töteten einen serbischen Sol-
daten und verwundeten drei Mann schwer.

Stockholm, 10. Oktober. (W. T. O.) Die Regierung hat eine
Kommission beauftragt, einen Vorschlag zur Einführung eines
proportionalen Wahlmodus bei den Wahlen zur zweiten Kammer des
Reichstages auszuarbeiten. Der Vorsitzende der Kommission ist der
Landeshauptmann Adler. Die Kommission besteht aus drei Mit-
gliedern der ersten und drei Mitgliedern der zweiten Kammer,
außerdem gehören derselben Professor Phragmen und Schriftsteller
Evensen an.

München, 10. Oktober. (W. T. O.) Wie wir vernehmen, wird die
Einführung der neuen Kriegartikel demnächst aus für das bayerische
Heer durch das „Militär-Berordnungsblatt“ verfügt werden.

Die Bergarbeiter-Bewegung in Frankreich.

Paris, 10. Oktober. (W. T. O.) Ministerpräsident Combes
hatte mit dem Arbeitsminister eine Unterredung über die infolge
des Gesamtzustandes zu ergreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen
sowie über die Frage, ob ein zweites den Ausstand ankündigende
Schreiben des Bergarbeiter-Verbandes von der Regierung be-
antwortet werden solle oder nicht.

Der Präsident des Bergarbeiter-Verbandes richtete an den
Auswahlschreiber des Bergarbeiter-Verbandes ein scharf abgefaßtes
Autorschreiben, in welchem es heißt: „Indem Sie
sich an unsren Verein wänden, welcher, wie Sie wissen, keine
Befugnis hat, Ihre Forderungen zu beantworten, wollen Sie
offenbar nur die öffentliche Meinung irreführen; aber dieselbe wird
den unter der Maske von wirtschaftlichen Forderungen von Ihnen
verfolgten revolutionären Zweck leicht erkennen.“

Der amerikanische Kohlenarbeiter-Streik.

New York, 10. Oktober. (W. T. O.) Der Präsident des Gruben-
arbeiter-Verbandes Mitchell erklärte in einem Interview, er sei über-
zeugt, daß die Grubenbesitzer nachgeben werden.

New York, 10. Oktober. (W. T. O.) Der Vizepräsident der Hudson-
und Delaware-Eisenbahn Bilcoy richtete an den Präsidenten Roosevelt
ein Schreiben, in welchem er den Präsidenten ersucht, daß die
Bundesregierung gegen die Vergleiche auf gerichtlichen Wege
vorgehe auf Grund der Tatsache, daß eine Verschönerung besche
zur Unterbindung des Binnen-Handelsverkehrs. Von maßgebender
Seite heißt es, daß Bilcoy sämtliche Grubenbesitzer vertritt. —

Achtung, Gewerbegerichtswahl! Arbeitgeber!

Zur Einschätzung in die Wählerliste für diejenigen Arbeitgeber, denen es an Zeit mangelt, haben sich folgende Genossen bereit erklärt:

- Zweiter Wahlkreis. 5. Wahlbezirk: Rumble, Valowstr. 50. — 8. Wahlbezirk: Paul Scholz, Postenstr. 1. Ede Paruthstr. 171; Dritter Wahlkreis. 11. Wahlbezirk: Schneider, Dranienstr. 171; 22. Wahlbezirk: Schönmann, Staligerstr. 7; Grundmann, Rammstr. 78. — 17. Wahlbezirk: Ladewig, Kommandantenstr. 65; Vier. Alte Jakobstr. 119; Fünf. Alte Jakobstr. 69; Zellgenitz, Dranienstr. 68. — 14. Wahlbezirk: Paul Boehm, Laufgrabenplatz 14/15; Wehrandt, Staligerstr. 69; Erbe, Curtstr. 25; Tollsborn, Görtzgerstr. 58. — 20. Wahlbezirk: Schulz, Blumenstr. 38; Franke, Romboldstr. 8; Ruhme, Subenerstr. 6; Thiele, Ballfadenstr. 1; Ede Friedenstraße. — Fünfter Wahlkreis. 20. Wahlbezirk: Wille, Linienstr. 217, Ede Mäckerstraße. — Sechster Wahlkreis. Wahlbezirk 32. Krüger, Kullamerstr. 33; Partels, Ruppinerstr. 49; Rohne, Rindfleischplatz 5. — Wahlbezirk 35. Metz, Kasanien-Allee 96; Kammfrow, Schönhauser Allee 134; Mengert, Kappel-Allee 119; Paschänger, Swinemünderstr. 34. — Wahlbezirk 38. Partsch, Brannenstr. 63; Bräsele, Puffenstr. 30; Emil Dierke, Adlerstr. 123. — Wahlbezirk 44. Karl Anders, Salzweberstr. 8; Johann Pfarr, Rühligerstr. 10; Otto Bette, Predawstr. 11; Karl Fischer, Waldstr. 8. — Wahlbezirk 47. Adolf Khandross, Wadstr. 42/43; H. Heising, Schulstr. 114; Hornerschmidt, Razarerstr. 1; Ede der Turnersstraße.

Da die Wählerlisten nur bis zum 16. d. M. ausliegen, liegt es im eigenen Interesse der Parteigenossen, sofort in die Prüfung der Listen einzutreten. Wer nicht eingezeichnet ist, möge sofort die Eintragung beantragen.

Verband deutscher Arbeitsnachweise.

Das heutige Verhandlungsthema lautete: „Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitsnachweise“. Hierzu waren zwei Referenten bestellt, Prof. Herxner-Jülich und Dr. Freund-Berlin. Prof. Herxner erklärte, die Frage nicht von irgend welchen theoretischen Gesichtspunkten aus betrachten zu wollen, sondern lediglich mit Beziehung darauf, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen Aussicht auf Verwirklichung hat.

Als ersten Grundgedanken bezeichnete er die Gliederung der Versicherung nach Berufen; von diesem Gesichtspunkte aus könne man sich wohl für die Forderung der Gewerkschaften, diese Versicherung allein in der Hand zu behalten, erklären. Da aber nur 14 Prozent aller gewerblichen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert seien, so würden Millionen von Arbeitern in absehbarer Zeit von dieser Versicherung nicht erfasst werden. An Versicherungsgewerkschaften, die sich nach Art der Zwangsversicherungen verhalten, sei gar nicht zu denken; denn wie bei den Zwangsversicherungen würde auch bei ihnen der Einfluss auf die Arbeitsverhältnisse beseitigt, die gewerkschaftliche Tätigkeit geradezu lahmgelegt werden.

Für die Forderungen des Stuttgarter Gewerkschaftslogenreffes, die eine Subventionierung der Gewerkschaften verlangen, fehlen bei uns die politischen Voraussetzungen, wie ja auch die Erfüllung bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für wahrscheinlich halte. Auch der dritte in der Arbeiterschaft aufgetauchte Vorschlag, der Arbeitslosenversicherung durch Vermittlung der Gemeinden an die Krankenkassen anzuschließen, hat keine Aussicht auf Verwirklichung, schon weil die technischen Schwierigkeiten zu groß seien.

Gegen die Übernahme der Versicherung durch die Kommunen wandte der Redner hauptsächlich den engen Wirkungskreis der Kommunen ein, während für eine staatliche Versicherung der lokale Unterbau fehle. Gegenüber Besprechungen in vereinigten Kommunen vorzugehen, hob er rühmend die Traditionen der großhiesigen kaiserlichen Postverwaltung vom Jahre 1881 und den großen Kanzler hervor, der die Invalidenversicherung für ganz Deutschland geschaffen habe.

Wir können gewiss nichts dagegen haben, wenn Herxner und andere Leute Wilhelm I. und den Vater des Sozialistengesetzes rühmend und in dankbarer Verehrung nennen, so oft sie wollen. Taktlos in höchstem Maße ist es aber, das bei einer Veranstaltung zu thun, zu welcher man sozialdemokratische Arbeiter einlädt, denen man versichert, man lege auf ihre Mitarbeit großen Wert. Die Arbeiter bewiesen größeren Takt, indem sie diese überflüssige Verehrung ihrer Gefühle mit Stillschweigen übergingen. Sie überhört nicht zu empfinden, so weit geht die Selbstbeherrschung der Arbeiter allerdings nicht.

Zum Schluss kam der Vortragende mit einem eigenen Vorschlage heraus, nämlich, die Arbeitslosen-Versicherung an die Berufsgenossenschaften anzuschließen; die Beiträge sollten von den Unternehmern aufgebracht werden. Dafür sollte der Arbeiter aber erst in der zweiten oder dritten Woche der Arbeitslosigkeit unterstützt werden. In der ersten Zeit müsse eventuell die gewerkschaftliche Versicherung einsteigen, so daß auch die Gewerkschaften mit diesem Vorschlage sich einverstanden erklären könnten.

Mit einigen Worten ging er auch noch auf die bessere Organisation des Arbeitsmarktes ein, der eine unerlässliche Vorbedingung jeder öffentlich rechtlichen Arbeitslosen-Versicherung sei.

Der Korreferent Dr. Freund verwarf die Forderung der Gewerkschaften, die Arbeitslosen-Versicherung allein zu verwalten, grundsätzlich deshalb, weil sie dadurch in gewerblichen Kampfe ein viel zu großes Übergewicht über die Unternehmer erhalten würden. Aus diesem Gedanken heraus trat er für eine Angliederung dieser Versicherung an die paritätischen Arbeitsnachweise ein, zu deren Einrichtung die Gemeinden unter Aufsichtung der privaten Vermittlungstätigkeit gezwungen werden müßten.

In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich, daß die Meinungen vollständig auseinandergingen, aber nicht etwa nur die Meinungen der bürgerlichen Reformen und der Arbeiter gegen einander, sondern auch die der einzelnen Redner aus gleichem Lager. Ein Redner, Prof. Sieda-Leipzig, hält die Arbeitslosen-Versicherung überhaupt für ein unlösbares Problem, er glaubt, die versicherungsgesetzlichen Grundlagen seien nicht zu beschaffen. Er lobte die maßvolle und besonnene Regierung, die sich zu keiner Heberleiung drängen lasse. Nur in dem Ausbau des kommunalen Arbeitsnachweises stimmte er mit den anderen Rednern überein. Die anderen Herren waren darin einig, daß man den Gewerkschaften die Arbeitslosen-Versicherung nicht überlassen könne und werde, schon weil man auch alle Unorganisierten erfassen wolle. Daß aber die Aufgabe gelöst werden müsse, darüber gab es keinen Zweifel; z. B. sagte Abgeordneter Richard Köllike: „das kann ich mir nicht denken, daß ein Staat auf die Dauer bestehen kann, wenn er sich für unfähig erklären muß, diese Aufgabe zu lösen.“ Die von Herxner vorgeschlagenen Berufsgenossenschaften als Träger der Versicherung wurden allgemein verworfen, ob aber staatliche, ob kommunale Grundlage zu fordern sei, darüber waren sich die Redner nicht einig. Die Verbindung mit dem Arbeitsnachweise fassen für das Letztere zu sprechen; doch schien eine kommunale Versicherung diesen zu eng.

Dieser Meinungsverschiedenheit gegenüber konnten die Vertreter der Arbeiter darauf hinweisen, daß sie keinen Grund hätten, von den in Stuttgart gefassten Beschlüssen abzugehen; mit großer Entschiedenheit trat auch ein Mitglied eines hiesig-Duisburger Gewerbevereins, Czarnetzki, dafür ein, daß die Verwaltung der Arbeitslosen-Versicherung lediglich den Arbeiterorganisationen gebühre, da ja diese allein bisher brauchbare Einrichtungen geschaffen haben, die sich zum Teil schon Jahrzehntlang bewährt hätten.

Auf einen wesentlichen Unterschied in der Auffassung der Arbeiter und Unternehmer wies Genossin Jule Zimle nachdrücklich hin; bei den Unternehmern handelte es sich um Gewinne und humanitäre Zwecke, bei den Arbeitern dagegen um eine Einrichtung, deren hauptsächlichster Zweck es ist, geregelte, tarifliche Arbeitsbedingungen einzubringen, die übrigens auch im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer liegen. Im übrigen verheißte sich Frau Zimle so wenig wie die anderen Vertreter der Arbeiter, die Genossen Boytsch, Wähling, Schaeffer, sowie der bekannte Nationalsozialist Fischendörfer auf den Stuttgarter Beschlüsse, um jede Forderung für Revisionen abzulehnen. Bei Fischendörfer ist das selbstverständlich, da er seiner Zeit schon in Stuttgart aus diesem Grunde gegen die Resolution stimmte. Aber auch die anderen Redner erklärten, vorläufig läge kein Grund vor, von dem Beschlüsse abzugehen, da niemand einen brauchbaren Weg zur Verbesserung der unorganisierten Arbeiter gezeigt habe; sollten die aneinandergehenden Ansichten sich klären und schließlich bis zu einem bestimmten gangbaren Vorschlag verdrängen, so würden die Arbeiter gern bereit sein, ihre Hand zur Mitarbeit zu bieten. Genossin Jule führte sogar aus, es würde eine wünschenswerte Entwicklung sein, wenn fortgeschrittene Gemeinden den Verwaltungen ihrer Arbeitsnachweise bestimmte Summen zur Fälligkeit für die Arbeitslosen zur Verfügung stellten. Würde sich dieses System bewähren, so könnten später die Unterstützungsstellen der einzelnen Arbeitsnachweise in Verbindung treten und dann um so wirksamer eine Centralisation über das ganze Reich anbahnen.

Ueberblickt man die Gesamtheit der Verhandlungen, so erkennt man meines Erachtens deutlich, wie sehr die Entwicklung eine immer stärkere Verächtlichkeit der Arbeiterinteressen erzwingt. Vor wenigen Jahren noch von den bürgerlichen Politikern als Phantasterei mit Käseljuden abgetrieben, beherstet die Frage der Arbeitslosen-Versicherung heute die Verhandlungen aller ernsthaften Sozialpolitiker, aus denen sie in absehbarer Zeit nicht wieder verschwinden wird, nicht etwa deshalb, weil in absehbarer Zeit nichts geschehen wird, sondern nur, weil nicht gleich etwas Vollkommenes geschaffen wird, wird die Frage häufig weiter behandelt werden. Ich teile nicht den auf dem Münchener Parteitag zum Ausdruck gekommenen Optimismus in Bezug auf diese Frage; ich glaube vielmehr, daß schon in den nächsten Jahren verschiedene sozialpolitisch vorantreibende Kommunen sich ernsthaft betätigen werden. Möglich ist es ja, daß bei dem Ausbau des kommunalen Arbeitsnachweises in der von Genossin Jule angedeuteten Richtung etwas unternommen wird; für wahrscheinlicher halte ich es, daß auf dem Wege der Unterstützung der Gewerkschaften etwas Brauchbares herauskommt, handelt es sich bei ihnen doch um bedeutend einfachere, leichter zu übersehende Verhältnisse.

Ausfassen kann man die einzigen Organisationen, die auf diesen Gebiete schon etwas geleistet haben, sicherlich nicht; durch das Leidest, das man in diesem Falle zu zahlen hätte, könnte sonst leicht bewirkt werden, daß sehr gesunde Anlagen zur Unkrautbarkeit verurteilt bleiben. Die Zukunft wird zeigen, wie berechtigt meine optimistische Auffassung ist.

Dr. B. Vogardt.

Lokales.

Stadt- oder Aufsichtsrat?

Die „Postische Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom Freitagabend die Notiz, daß in der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ein sozialdemokratischer Stadtverordneter gegen die Wahl des vom Ausschuss einstimmig zum unbesoldeten Stadtrat vorgeschlagenen Regierungsrat a. D. und Vordirektor Magnus Widerspruch erhoben hat.

Die Thatsache ist richtig und wenn die Angelegenheit jetzt bevor die Versammlung die Besprechung der Kandidatur zum Abschluß gebracht hat, in der Offenheit verhandelt wird, so mag sich Herr Magnus bei seinen Freunden, der „Post. Ztg.“ und ihrem Zuspätkommandanten, bedanken. Wir haben nunmehr keinen Anlaß, die uns gestern abend nach Erscheinen der „Post. Ztg.“ zugegangene Mitteilung über die Verhandlung der Angelegenheit zurückzuhalten.

Die Sozialdemokraten hatten kurz vor der Stadtverordneten-Versammlung erfahren, daß Herr Magnus — über dessen Person und Charakter die Sozialdemokraten die denkbar besten Auskünfte erhalten hatten, was sie veranlaßte, im Anschluß für die Wahl einzutreten — Aufsichtsratsmitglied von 24 vereinigten Aktiengesellschaften ist. Unter diesen Aktiengesellschaften befinden sich die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, die durch ihre Tochtergesellschaft, die Berliner Elektrizitätswerke, in direkten geschäftlichen Beziehungen zur Stadt Berlin steht. Dieser Umstand — der in den Ausschussverhandlungen von keiner Seite zur Sprache gebracht war — veranlaßte die Sozialdemokraten, die sich übrigens dabei der Unterstützung einer großen Anzahl liberaler Stadtvordereordneten zu erfreuen hatten, den Wunsch auszusprechen, die Beratung über die Kandidatur zu vertagen, um

- 1. festzustellen, ob die gemachten Mitteilungen auf Wahrheit beruhen und
- 2. wenn dies der Fall, Herrn Magnus zu fragen, ob er für den Fall seiner Wahl zum Stadtrat von Berlin die Aufsichtsratsstellen von Aktiengesellschaften, die in geschäftlicher Verbindung mit der Stadt stehen, niederlegen wolle.

In der Diskussion wurde von allen Rednern, mit Ausnahme eines dem Vorkauf angehörigen Stadtverordneten, erklärt, daß es unthunlich ersehe, Aufsichtsratsmitglieder zu wählen, die in Aktiengesellschaften, welche mit der Stadt geschäftliche Beziehungen unterhalten, leitende bzw. beaufsichtigende Stellen bekleiden. Da es den Anschein hatte, als ob die Majorität eine weitere Besprechung der Angelegenheit verhindern wollte, so erzielten die dissentierenden Mitglieder — nach unserer Schätzung etwa 30—40 Stadtverordnete — durch Verlassen des Saales den Abbruch der Verhandlungen, die nunmehr nächsten Donnerstag in geheimer Sitzung fortgesetzt werden müssen.

Dies der Sachverhalt, zu dessen Veröffentlichung uns — es sei nochmals betont — die unregelmäßige Veröffentlichung rein persönlicher Angelegenheiten liberaler Blätter veranlaßt.

Aus den Geheimnissen der städtischen Jernanstalten ist in der letzten Zeit mehr bekannt geworden, als manchem lieb gewesen sein würde. Heute haben wir schon wieder über ein Aufsehen erregendes Vorkommnis zu berichten, das sich in einer der städtischen Anstalten zugezogen hat.

Es handelt sich diesmal um die Anstalt „Wuhlgarten“, die zur Pflege von Epileptikern bestimmt ist. Am 3. Oktober starb dort der Maler Erik Stegmann. Die amtliche Todesnachricht, die an demselben Tage nachmittags 5 Uhr bei seiner Frau eintraf, gab an, Stegmann sei infolge eines „Anfalles“ gestorben; die Beerdigung sollte am 6. Oktober stattfinden. Als Frau Stegmann am 4. Oktober nach „Wuhlgarten“ hinkam, wurde ihr (wie sie uns mitteilt) eröffnet, daß ihr Mann zunächst nicht beerdigt werden könne. Er sei am 3. Oktober morgens 7 1/2 Uhr tot aufgefunden worden und zwar in der Jollerzelle. Die Leiche sei bereits sezirt worden, dabei

seien Anzeichen bemerkt worden, die auf einen Sturzgang in den Unterleib deuteten. Die Angelegenheit solle der Staatsanwaltschaft übergeben werden, damit festgestellt werde, ob der gegen den Wärter gehegte Verdacht, den Tod Stegmanns verschuldet zu haben, begründet sei.

Die Stegmann in die Jollerzelle gelommen war, darüber wurden seiner Hieserschütterten Frau von dem zuständigen Anstaltsarzt die folgenden Mitteilungen gemacht: In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober hätten zwei Pflegerlinge versucht, aus der Anstalt zu entfliehen. Die allgemeine Aufregung, die hierdurch nicht nur unter dem Wartepersonal, sondern auch unter den Kranken hervorgerufen worden sei, habe zu einem Streit zwischen Stegmann (von dem übrigens nicht ganz feststehe, ob er nicht als Dritter an dem Fluchtversuch beteiligt gewesen sei) und seinem Wärter T. geführt. T. habe den Stegmann, der sich sehr aufgeregte benommen habe, in die Jollerzelle gebracht und ihn die Nacht hindurch darin belassen. Am Morgen sei Stegmann dann tot aufgefunden worden.

Diese Angaben werden ergänzt durch eine schriftliche, von der amtlichen Darstellung abweichende Mitteilung, die Frau Stegmann aus dem Kreise der in demselben Saale wie ihr Mann untergebrachten Pflegerlinge manufordert erhalten hat. Die Beschuldigungen, die darin gegen den Wärter T. erhoben werden, sind vorläufig ebensowenig zu kontrollieren wie die amtliche Darstellung. Da sie aber von Frau Stegmann bereits der Staatsanwaltschaft übermittelte worden sind, so wird ja untersucht werden, warum (wie behauptet wird) Stegmann so jämmerlich um Hilfe gerufen hat, als sich der Wärter mit ihm in die Jollerzelle begeben hatte. Auch darüber wird Aufklärung geschaffen werden müssen, ob Stegmann wegen seiner „Aufgeregtheit“ oder nur deshalb in die Jollerzelle gesperrt worden ist, weil er sich verbeien hatte, daß T. sich mitten in der Nacht mit einem andern Wärter laut unterhielt. Frau Stegmann hat den Oberbürgermeister Kirschner gleichfalls davon unterrichtet, welches schreckliche Ende ihr Mann gefunden hat und welche schweren Beschuldigungen gegen den Wärter erhoben werden.

Die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Leiche Stegmanns ist inzwischen, wie der Frau Stegmann am Freitagnachmittag mitgeteilt worden ist, wieder freigegeben worden und wird nun der Erde übergeben werden. Wenn der unglückliche Stegmann hauptsächlich das Opfer einer rohen Mißhandlung geworden sein sollte, so wird hoffentlich der Schuldige seiner Strafe nicht entgehen. Die städtische Verwaltung aber wird sich ernstlicher als je die Frage vorzulegen haben, wie der Wiederholung solcher Vorkommnisse vorgebeugt werden kann. Das Vertrauen der Berliner Bevölkerung zu den städtischen Jernanstalten ist in den letzten Monaten und Wochen so stark erschüttert worden, daß es ganz besonderer Maßnahmen bedürfen wird, um es wieder zu beseitigen.

Die Erntewahl für unser verstorbenen Parteigenossen Stadtverordneten T. H. Meyner findet 6. November statt. Meyner war Vertreter des 11. Wahlbezirks 3. Abteilung (Elisabeth-Platz, Rammstr. 10). Am selben Tage finden die Erntewahlen für Rudolf Virchow und Generaldirektor Dr. Goldschmidt statt. Goldschmidt vertritt den 9. Wahlbezirk 2. Abteilung, Virchow den 4. Wahlbezirk 3. Abteilung (Tiergartenstraße, Königin-Augustastraße).

Zur Fleischmarkt. Auch im Monat September d. J. hat in Berlin der Rückgang in den Einschaltungen sämtlicher Viehhaltungen angehalten und ist eine Besserung auch für diesen Monat nicht zu erwarten. Der Rückgang im September, gegenüber dem korrespondierenden Monat des vorigen Jahres, ist ganz bedeutend und um so auffälliger, als inzwischen die Bevölkerung gestiegen ist. Von Rindern wurden 13 475 gegen 17 305 Stück im September 1901 geschlachtet, von Kälbern 11 392 gegen 11 555, 88 755 Schafe gegen 40 775, 59 900 Schweine gegen 64 581, zusammen 123 492 Tiere, gegen 134 210 Stück im gleichen Monat des vorigen Jahres. Das Rindvieh beträgt danach 10 724 Stück und verteilt sich auf 3880 Kühe, 193 Kälber, 2920 Schafe und 4681 Schweine. Von den geschlachteten Tieren wurden dann noch, weil sie zur menschlichen Nahrung ungeeignet befunden wurden, 222 Kühe, 50 Kälber, 17 Schafe und 425 Schweine beaufundet und deshalb beschlagnahmt.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Für den verstorbenen Professor Rudolf Virchow und den Religions-Philosophen Schleiernmacher soll nach dem Beschlusse des Magistrats an deren Wohnhäusern in der Schellingstr. 10 und Kanonierstr. 4 auf Kosten der Stadt Gedenktafeln angebracht werden. — Vom Hofbuchhändler Bahn sind 100 000 Mark zu einer Stiftung für arme Näherinnen gespendet worden, deren Erträge diese nach dem Ableben einer Ärauerin ungeteilt zumommen sollen. Der Magistrat hat die Annahme der Stiftung und die Bildung eines Kuratoriums beschlossen. — Die vom Kuratorium des Viehhofes beantragten Erweiterung- und Erweiterungsbauten für zwei Schweinehallen, Vergrößerung der Mäherhalle und Einrichtung offener Kugeln zur Verladung der zu exportierenden Tiere wurden genehmigt.

Eine neue Verordnung, betreffend Dienstvorschrift für das Meldeverfahren und den Nachrichtendienst bei Eisenbahnunfällen, ist mit dem 1. Oktober in Kraft getreten. Die neue Verordnung ist veranlaßt durch die Einführung der Hilfszüge und Hilfsgerätee-Wagen, welche die Festlegung besonderer Bestimmungen bezüglich der Ausrichtung und Verwendung der Hilfszüge erforderlich macht. Es ist verfügt, daß in denjenigen Bahnbereichen, wo ein eigener Arzt-Wagen noch nicht vorhanden ist, ein geeigneter Personennamen mit Rettungssachen, tragbaren Betten usw. anzuschaffen ist. In jedem Hilfszuge und Hilfsgerätee-Wagen muß ein besonderes Dienstbuch zum Zwecke der Eintragung der stattgehabten Revisionen, Alarmierungen und Verwendung bei Unfällen vorhanden sein. Um die fällige Hilfsbereitschaft der Hilfszüge resp. Gerätee-Wagen zu kontrollieren, müssen jährlich mindestens zwei Alarmierungen, darunter eine zur Nachtzeit vorgenommen werden. Die Alarmierungen müssen unverzüglich sein, es müssen dazu die sämtlichen für den Hilfsdienst bestimmten Beamten, Verze und Arbeiter hinzugezogen werden. Die Alarmierungen dürfen nur von solchen Stationen aus erfolgen, auf denen Rettungszüge oder Hilfsgerätee-Wagen nicht vorhanden sind. Die Abfahrt des Hilfs-Sonderzuges muß unter allen Umständen bei Tage spätestens 30 Minuten, bei Nacht 45 Minuten nach Eintreffen der Unfallmeldung stattfinden. Falls es nicht möglich ist, in dieser Zeit das gesamte Bedienungspersonal und Hilfspersonal zusammenzuziehen, ist für die später Eintreffenden ein besonderer Rettungszug zu stellen. Die Hilfszüge und Hilfsgerätee-Wagen müssen natürlich stets komplett ausgerüstet sein und vor jeder Ingebrauchnahme mit frischem Trinkwasser versehen werden.

Ein höheres Familienbild. Die Verhaftung der den höheren Ständen angehörigen Frau G. wegen Wuchshandlung erregt in der bestellten großen Aufsehen. Frau G. hatte vor einigen Jahren zum zweitenmal geheiratet und zwar einen Witwer, der zwei Söhne und eine Tochter in die Ehe einbrachte. Letztere führte zu großen Zwistigkeiten, bis sich schließlich die Frau veranlaßt sah, unter Anstrengung der Scheidungsfrage das Haus des Mannes zu verlassen und mit den Stiefkindern, die zu ihr hielten, eine möblierte Wohnung zu beziehen. Der Ehemann, der gleichfalls nach einem Scheidungsgrund suchte und seine Frau im Verdacht hatte, mit

seinem jüngsten Sohne sträflichen Verlehrs zu pflegen, veranlaßte die Wittin der neuen Wohnung, durch ein winziges Loch, das sie in die Thür des Schlafzimmers gehöhrt hatte, seine Frau zu beobachten. Diese Beobachtungen hatten auch ein Ergebnis. Nach kurzer Zeit konnte die Wittin dem Manne melden, daß sie von ihrem Posten aus den strafbaren Umgang wahrgenommen habe. Auf Verreiben des Mannes wurde nunmehr das Strafverfahren wegen Blutschande gegen die Ehefrau und deren Stiefsohn eingeleitet und die Anklage erhoben. Auf Antrag des Verteidigers der beiden Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. L u d w i g s i e wurde nochmals in eine umfangreiche Voruntersuchung eingetreten, insbesondere die Wohnung durch den Untersuchungsrichter einer eingehenden Prüfung unterworfen, ob die fraglichen Wahrnehmungen in der geschilderten Weise möglich wären. Obwohl das Ergebnis für die Angeklagten nicht ungünstig ausfiel, gelang es doch dem Ehemann, weiteres Beweismaterial zusammen zu bringen, so daß nunmehr wegen des dringenden Verdachts die Verhaftung erfolgte.

Eine ausgedehnte Verkehrsstörung im Straßenbahn-Betriebe gab es gestern morgen am Spittelmarkt, wofür eine Erneuerung der Kurven und Weichen dringend notwendig geworden war. Um eine Betriebsunterbrechung zu verhindern, wurden die Arbeiten in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ausgeführt, jedoch bei dem großen Umfange und den Schwierigkeiten der Geleisanlagen konnte die Fertigstellung nicht vor der Betriebsaufnahme erfolgen. Die Wagen konnten nur teilweise durchgelassen werden und so sammelten sich zu beiden Seiten des Spittelmarktes endlose Reihen von Straßenbahnzügen an, die sich bis zum Rottenturm und Dönhofsplatz erstreckten. Auch an der Mühl- und Schönhauser-Brücke erfolgten gestern morgen aus gleichem Anlaß größere Verkehrsstörungen.

Zu Gerüchten von einem Mord gab ein Leichenfund in Karlsdorf Veranlassung. In der Nacht zum Sonntag sah ein Streckenwärter der Schleifbahn an einem Uebergange zwei Männer, anscheinend Vertreter von der Karlsdorfer Reimbahn, mit einem dritten beschäftigt, der am Boden lag. Als er sich der Gruppe näherte, liefen die beiden davon, der dritte lag tot auf dem Geleise, ein Eisenbahnzug war über ihn hinweggegangen und hatte ihm die Brust zermalmt. Der Tote wurde festgestellt als ein Schlächtergehilfe Otto Behnd, der Sohn eines Tischlermeisters aus Kötzlich in der Neumark. Der junge Mann war früher in Ober- und zuletzt in Nieder-Schöneweide beschäftigt. Am Sonnabend hatte er in Berlin Rechnungen einliefert. Trotzdem fand man bei der Leiche nur einen ganz geringen Gelddbetrag. Diese auffällige Thatsache, das sonderbare Verhalten der beiden Männer und andere Umstände ließen nun den Verdacht aufkommen, daß an dem Manne ein Kapitalverbrechen verübt worden sei und daß die Verbrecher ihn als Leiche auf die Schienen gelegt hätten, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken. Zu diesem Zwecke, glaubt man, sei auch ein Abschiedsbrief an Angehörige, den man bei den Toten fand, gefälscht worden. Das Ergebnis weiterer Ermittlungen aber spricht nicht für ein Verbrechen, sondern für einen Selbstmord und die Echtheit des Abschiedsbriefes. Der Beweggrund ist darin zu suchen, daß der junge Mann das Geld im Spiel verloren hat.

Wo ist das Geld geblieben? Der Selbstmord des Volontärs Müller (nicht Wiener, wie der Name zuerst irrtümlich genannt wurde) dürfte zu einem polizeilichen Ermittlungsverfahren Veranlassung geben. Der 60jährige Mann hatte, wie bereits gemeldet worden ist, das Vermögen seiner Schwester im Betrage von 100 000 Mark in Verwahrung, das ebenso wie ein Betrag von 20 000 Mark, den R. sich auf ein Blanko-Accept seiner Schwester verschafft hatte, verschwunden ist. Diese Thatsache erscheint um so auffälliger, als der Defraudant als ein durchaus solider und einfacher Mann bekannt war, der keineswegs über seine Verhältnisse lebte. Da auch keine Familienangehörigen durchaus anspruchlos sind, erscheint es völlig ausgeschlossen, daß der Verstorbene die hohe Summe für sich verbraucht haben kann. Die amtlichen Nachforschungen dürften vielleicht über den Verbleib des Geldes Aufklärung bringen.

Weil er nicht verfehrt worden ist, hat sich der 18jährige Schüler Alfred Wagner aus der Wohnung seiner Eltern entfernt. Er wird jetzt dem 27. v. Mts. vernahmt. Leider muß angenommen werden, daß der junge Mensch in seiner Aufregung einen überspannten Streich geplant hat, denn er hat sich kurz vor seiner Flucht einen Revolver gekauft. Ein besonderes Kennzeichen des Vermissten sind, wie die polizeiliche Bekanntmachung bemerkt, seine auffallend großen Hände. Es wird um „schonende Anhaltung“ ersucht.

Eine Anklage hat, wie uns die Postbehörde mitteilt, ein Fall von fälschlicher Briefbesetzung gefunden, worüber wir kürzlich berichteten. Die Orts-Aktenlaßer der Kaufleute hatte einen Brief als unbeschaffen zurückgehalten, auf welchem deutlich die Adresse Hermann Ratens Stassegeschäft, Mühlenerstr. 21, bemerkt gewesen sei. Auf die Veröffentlichung dieses Falles hin hat die Postbehörde eine Untersuchung eingeleitet, bei der sich ergab, daß die Adresse anfänglich nicht genau ausgefüllt war und der Geschäftsinhaber daher die Annahme des Briefes verweigerte. Die Postverwaltung trifft mithin keine Schuld.

Von der II. Handwerkerkammer, Andreasstr. 1/2, liegt uns wieder das Programm für das am 12. Oktober beginnende Winterhalbjahr 1902/3 vor, und wir entnehmen daraus, daß den hauptsächlichsten Gewerbe- und Kunstgewerbebezügen in den Tages- und Abendklassen die entsprechenden Unterrichtsgegenstände angehört sind. Wir heben nur hervor, daß von jetzt an auch der Unterricht in Physik, Chemie und Elektrotechnik erteilt wird, und daß besonders in den Nachklassen u. a. für Pantonfraktionen- und Bau-Ornamenten-Klempner, für Kupferfächler, für Gas- und Wasser-Modeller, Installateure für Heizungsanlagen, für elektrische Kraft- und Beleuchtungsanlagen, Gehilfen und Lehrlinge die beste Gelegenheit gegeben ist, sich für ihr schwieriges Fach unter Leitung tüchtiger Fachmänner auszubilden. Die Lehrverhältnisse für Kunstschmiede, kunstgewerbliche Treibarbeiten in Kupfer, Bronze etc., und für Eisenarbeiten sind den übrigen Unterrichtsgegenständen und den Tagesschulen angegliedert. Wir bemerken noch, daß die sich unter Leitung des Direktors Tradt zu großen Dimensionen aufgeschwungene Internatiansalstalt vor 10 Jahren am 16. Oktober 1892 in dem alten Gemeindefestsaal am Stralauer Platz 2 eröffnet wurde, und daß sie bereits vor 1 1/2 Jahren die Internatiansalräume im ersten Bauteile des monumentalsten Neubaus bezogen hat und voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres das ganze Gebäude für den Unterricht in Benutzung nehmen wird.

Poliklinik. Herr Dr. Klumenthal und Dr. Sirsch haben behufs Vergrößerung ihr orthopädisches Institut und Poliklinik für Mißbildungen, Verkümmungen, Gelenkerkrankungen, insbesondere des kindlichen Alters, von Alexanderstraße 38 nach Alexanderstraße 86a verlegt. Umentgeltliche Sprechstunden für Unbemittelte finden nach wie vor dort von 1/2-12-1/2 Uhr wochenttäglich statt.

Aus den Nachbarorten.

Treptow - Baumfischentweg. Die gestern vollzogene Gemeindevertreter - Erziehung führte zu keinem endgültigen Resultat. Es erhielten Stimmen: unser Genosse G e r i s h 238, der Konservative Herr S h i m m e r 232 und der Freisinnige Herr T e h n e r 52; mithin ist eine S t i c h w a h l zwischen Sozialdemokraten und Konservativen erforderlich.

In Nieder-Schöneweide hält der Wahlverein heute abend bei Franz, Grünauerstr. 5, seine Generalversammlung ab. Neuwahl des Vorstandes.

In ihrer letzten Sitzung hatte die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung zu einer Magistratsvorlage Stellung zu nehmen, die den Bau öffentlicher Bedürfnisanstalten bezweckt. Es herrschten bisher in dieser Beziehung geradezu skandalöse Verhältnisse in Rixdorf, namentlich in den letzten Jahren, wo die Bevölkerung und der Verkehr außerordentlich zugenommen haben. Errichtet werden sollen fünf Bedürfnisanstalten. An solche für Frauen hat man natürlich wieder nicht gedacht. Von sozialdemokratischer Seite wurde

die Mangelhaftigkeit der Vorlage hervorgehoben und kritisiert. Die Vorlage wurde angenommen. Die beabsichtigte Anstellung eines Heizers für das Realgymnasium gegen einen Tagelohn von 3 M. veranlaßte die Stadt, Efermann (Soz.) und Brehler (Soz.), sich gegen eine derartige niedrige Entlohnung energisch auszusprechen. Man sollte lieber einen tüchtigen Fachmann, den man für 3 M. nicht bekommen, nehmen und einen anständigen Lohn zahlen, zumal in der Schule in der Küchebedienungs seiner Zeit 3000 M. Säulen daraus erwachsen seien, daß man einen ungeeigneten Mann mit der Bedienung der Heizungsanlage betraute. Die Mehrheit stimmte aber für den Dreimarckmann.

Aus Rixdorf. Am sich vor dem Verbrennungstode zu bewahren, sprang in der Nacht zum Freitag die bei dem Kaufmann Tisch, Ruldastr. 61, bedienstete 18jährige Martha Hannemann aus ihrer in der 3. Etage belegenen Kammer auf den asphaltierten Hof hinab und zog sich bei dem Fall lebensgefährliche Verletzungen zu. Es wird vermutet, daß das Mädchen im Bett gelegen hat, darüber eingeschlafen ist und die Lampe umgeworfen hat. Hierbei geriet das Bett in Brand. Als nun die Unglückliche erwachte und das Feuer sah, sprang sie in ihrer Angst zum Fenster hinaus. In hoffnungslosem Zustande wurde die Schwerverletzte im Krankenhaus am Urban aufgenommen. Das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht. Von einem schweren Unfall betroffen wurde gestern auf dem Neubau W i s a r d p l a z 20 der Steinträger M a t i u s e k aus der Schönweiderstraße 22. Infolge eines unglücklichen Zufalles fiel aus der zweiten Etage ein Mauerstein herab, welcher den M. auf den Kopf traf, so daß der Bedauernswerte nicht nur eine schwere Kopfverletzung, sondern auch eine Gehirnerschütterung erlitt. Nach Anlegung eines Rotverbandes mußte M. daher nach dem Kreis-Krankenhaus in Brix überführt werden.

In Wilmersdorf plant man, so weit höhere Schulen in Betracht kommen, eine Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler. Während am Gymnasium z. B. das Schulgeld für einheimische Schüler auf dem alten Satz von 120 M. stehen bleiben soll, will die Schuldeputation es für auswärtige auf 150 M. jährlich erhöht wissen. Die Gemeindevorstellung, die sich in ihrer nächsten Sitzung mit diesem Vorschlage zu beschäftigen hat, wird zweifellos ihre Zustimmung dazu geben.

Ein Opfer des Eisenbahnbetriebs. Von einem Vorortung, der Donnerstagsabend von Dranienberg abging, ist gegen 11 Uhr der Streckenarbeiter V o d u s h aus Hohenneudorf kurz vor Stolpe überfahren worden. Im entsetzlich verstümmelten Zustande wurde der Unglückliche zunächst im Zuge vom Arzt Dr. Ludwig verbunden und dann nach der Charité gebracht, wo er gleich nach der Einlieferung verstarb. Der Getötete, der die Strecke bereits seit 20 Jahren revidiert hat, hinterläßt eine Witwe und zwölf Kinder, von denen das jüngste erst zwei Jahre alt ist.

Zur Bahnstiftungsfrage in Spandau wird berichtet, daß der neue Eisenbahnminister die Frage freundlicher behandelt, als es unter dem unglücklichen Regiment Thielen geschehen ist. Es sind der Stadt bereits drei Pläne der Eisenbahnverwaltung vorgelegt. Sie berücksichtigen sämtlich die Forderung, daß ein Personenbahnhof am rechten Havelufer errichtet werde. Während die Umbauten, besonders Hochlegung der Havelbrücken und die Straßenüberführungen, an und für sich auf 13 Millionen Mark veranschlagt sind, erfordert die Ausführung der neuen Bahnstiftungen an sich 1 600 000 bis 2 1/2 Millionen Mark. Voraussetzung für die Errichtung eines zweiten Personenbahnhofes ist, daß die Stadt Spandau einen angemessenen Beitrag gewährt. Die aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehende Verkehrsdeputation hat sich nun für die Annahme desjenigen Planes entschieden, der die Errichtung eines neuen Personenbahnhofes für den Fern- und Vorortverkehr am rechten Havelufer (Klosterstraße) bezweckt und den alten Bahnhof in eine Haltestelle für Vorortzüge verwandelt will. Die Deputation schlägt den städtischen Behörden vor, der Eisenbahnverwaltung eine Million Mark Beitrag anzubieten. Der Minister hat erklärt, daß der ganze Plan der Spandauer Bahnstiftungen schon in der nächsten Tagung dem Landtage vorgelegt werden solle.

Alt-Schöneberg. Das noch aus der Zeit des 30jährigen Krieges stammende alte Pfarrhaus in Schöneberg, das kürzlich von der Witwe des verstorbenen Superintendenten Vorberg verlassen worden ist, wird nicht wieder bezogen, sondern mit der alten Kirche zusammen abgerissen werden. Der vordere Teil des Grundstücks wird für den Bau der neuen Kirche mit verwendet werden, während sich auf dem übrig bleibenden Teile das neue Pfarrhaus erheben wird.

Die Eingemeindung der Hasenheide in Rixdorf, soweit sie zum Vorort T e m p e l h o f gehört, hat schon öfter die Rixdorfer Gemeindebehörden beschäftigt. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten von Rixdorf wurde nun eine Kommission gewählt, die gemeinsam mit Vertretern des Magistrats über die Bedingungen zu verhandeln soll, die einem zwischen den Gemeinden Rixdorf und Tempelhof etwa abzuschließenden Vertrage zu Grunde gelegt werden können. Nach Vorberatung, die man mit dem Gemeindevorstand von Tempelhof gehabt hat, ist gegündete Aussicht vorhanden, daß Rixdorf die von ihm gewünschte Eingemeindung auf dem Wege eines Gebietsaustauschs erreicht.

Gerichts-Zeitung.

Das gefälschte Testament.

Die Anklage wegen Erbschleicherei, die sich gegen den wohlhabenden Tapezierermeister Hugo Seidel zu Steglitz richtet, gelangte gestern nach mehrmaliger Vertagung vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Der Prozeß hat folgende Vorgeschichte: Am 21. September v. J. starb in ihrer Wohnung zu Berlin, Fichtestraße 3, eine alte reiche Tante des Angeklagten, die Rentnerwitwe Robertine Seidel. Ihre Angehörigen freuten sich über die in Aussicht stehende Erbschaft, da sie annahmen, daß ihnen der Nachlaß zu gleichen Teilen zufallen würde, zumal ein Testament nicht vorhanden war. Da ließ zu ihrer großen Enttäuschung drei Wochen nach dem Tode der Witwe Seidel bei dem Nachlaßpfleger ein Schreiben ein, welches seines Inhaltes wegen unter den Beteiligten große Aufregung hervorgerufen mußte. Es war ein Testament der Verstorbenen dahingehend, daß ihr Kasse, der Tapezierermeister Hugo Seidel zu Steglitz, der alleinige Erbe ihres etwa 40 000 M. betragenden Vermögens sein sollte. Ihr wertvolles Mobiliar sollte zu Gunsten der Armen Berlins veräußert werden. Die ausgefallenen Erben waren von diesem Zwischenfall natürlich wenig erbaut. In dem Testament hatte die Erblasserin erklärt, daß sie einem Freunde ihren letzten Willen diktiert und demselben aufgegeben habe, den verschlossenen Briefumschlag drei Wochen nach ihrem Tode in den Briefkasten beim Amtsgericht I zu stecken. Die Verwandten des Angeklagten schöpften Verdacht, daß der letztere das Testament gefälscht hatte. Sie gaben dem Angeklagten dies in verschiedenen Briefen zu verstehen und verlangten von ihm eine Abfindungssumme von 6000 M. unter der Androhung, sonst Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erlassen zu wollen. Der Angeklagte sandte diese Briefe an die Staatsanwaltschaft ein, um zu beweisen, daß seitens seiner Verwandten Erpressungsversuche gegen ihn ausgeübt wurden. Er verlangte zugleich, daß die Rechtsgültigkeit des angefochtenen Testaments festgestellt würde. Die angefertigten Ermittlungen hatten das Ergebnis, daß die verdächtigen Umstände gegen Seidel sich in so hohem Grade mehrten, daß schließlich dessen Verhaftung erfolgte. Dies Ereignis erregte in Steglitz um so größeres Aufsehen, als Seidel seit 15 Jahren dem G e m e i n d e - v o r s i t z angehörte, ein gut gehendes Geschäft besaß und sich eines besonderen Ansehens erfreute. Bald wurde es rasch bekannt, daß Seidel vor dem Untersuchungsrichter ein offenes Geständnis abgelegt habe, nachdem der Sachverständige, Schulrat Grabow, begutachtet hatte, daß Seidel das gefälschte Testament geschrieben. Der Angeklagte hat dies Geständnis später widerrufen und nun sollte durch eine eingehende Beweisaufnahme seine Schuld oder Nichtschuld dargelegt werden. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Heiderich, die An-

klagebehörde vertritt Staatsanwalt Reigert, die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Schwindt und Justizrat Dr. Sello. Als Sachverständige sind Gerichtsschreiber Dr. Jeserich, Schulrat Grabow, Graphologe Langenbruch und die Gerichtsfeldtäre Altrichter und Drogolin zur Stelle.

Der Angeklagte blieb bei dem Widerruf seines früheren Geständnisses. Der Untersuchungsrichter habe ihm vorgehalten, daß ihm das Justizhaus in Aussicht stünde, wenn er die milderen Umstände beverle und da habe er in seiner Verwirrung vorgezogen, eine Straftat einzugehen, welche er nicht begangen habe. Würde er das Testament selbst geschrieben haben, so würde er sich gewiß nicht zum Unberufenen eingest, sondern auch seine Verwandten entsprechend bedacht haben. Inzwischen ist ein Umstand hinzugekommen, der bestimmt war, zur Entlassung des Angeklagten zu dienen, aber zu seinem Nachteil ausgefallen ist. Am 22. Mai d. J. lief bei dem Rechtsanwalt Dr. Schwindt ein Brief ein, der angeblich von einer weiblichen Person herrührte. Dieselbe erklärte, daß der in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte unschuldig sei. Sie sei diejenige gewesen, der die Verstorbene das letzte Testament zu Gunsten Seidels diktiert habe, sie wolle sich nur nicht zu erkennen geben, weil sie eine Scheu davor habe, mit dem Gericht zu thun zu bekommen. Die Tinte, die zu diesem Schreiben benutzt worden war, ist vom Gerichtsschreiber Dr. Jeserich untersucht worden. Er hat festgestellt, daß es eine gleichartige Tinte ist, wie sie zum Schreiben des gefälschten Testaments benutzt wurde.

Die Verteidiger hatten eine Anzahl Entlassungszeugen geladen, welche übereinstimmend behaupteten, daß sie den Angeklagten als einen reellen achtbaren Mann kannten, dem sie eine solche That nicht zutrauen könnten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. S c h w i n d t, wurde auch als Zeuge vernommen, der behauptete, daß der Angeklagte ihm mitgeteilt habe, daß er zu der verstorbenen alten Tante in Beziehungen intimer Art gestanden habe. Der Zeuge habe ihm gesagt, daß er dies dem Untersuchungsrichter mitteilen möge. Dies sei seines Wissens auch geschehen. Auch dem Zeugen gegenüber habe der Angeklagte anfangs ein Geständnis abgelegt, dies aber später unter den Anzeichen besorgter Erregung widerrufen. Er habe eine zu große Angst vor dem Justizhause gehabt und deshalb lieber die That eingestanden. Trotz aller Vorhaltungen des Verteidigers habe der Angeklagte auf dem Widerruf beharrt.

Die Zeugin Schäfer behauptet, daß sie viele Jahre hindurch mit der verstorbenen Frau Seidel verkehrt habe. Die letztere habe mehrere Testamente gemacht, dieselben aber ebenso oft wieder zurückgezogen. Der Angeklagte Seidel sei niemals in einem dieser Testamente bedacht worden. Von einem Verhältnis zwischen dem Angeklagten und der Verstorbenen hat die Zeugin nie etwas bemerkt. Sie hält es nicht für möglich, daß die alte Dame ein Testament in der Form abgefaßt haben sollte, wie es vom Angeklagten vorgelegt worden ist.

Eine Schwester des Angeklagten meinte, daß ihr Bruder ja geradezu wahnwütig gewesen sein müsse, wenn er selbst das Testament angefertigt hätte. Obgleich sie ja zu den Ausgefallenen gehöre, könne sie ihrem Bruder eine solche That nimmermehr zutrauen.

Frau Seidel, die Ehefrau des Angeklagten, verneinte die an sie gerichtete Frage, ob sie selbst den verdächtigen Brief geschrieben habe.

Keiner der Zeugen wußte eine Vermutung dafür anzugeben, wer sowohl das Testament wie den verdächtigen Brief geschrieben haben könne. Nur darin waren sie einig, daß das Testament nicht von der Hand der Verstorbenen herrühren könne.

Es wird dann zur Vernehmung der Schriftsachverständigen geschritten, deren Gutachten im vorliegenden Falle ausschlaggebend sind. Zuerst wird Schulrat Grabow vernommen.

Der Sachverständige begutachtet, daß das Testament nicht von der Hand der Verstorbenen geschrieben sein kann. Nach stundenlangem eingehender Begründung gelangt er zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte wahrscheinlich der Verfasser des Testaments, aber nicht des anonymen Briefes sei.

In nicht minder ausführlicher Weise begründete Gerichtsschreiber Altrichter sein Gutachten, welches darin gipfelte, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß der Angeklagte das Testament geschrieben.

Gerichtsschreiber Drogolin erklärte, daß der vorliegende Fall ein besonders schwieriger sei. Er hielt es mit dem Schulrat Grabow für wahrscheinlich, daß der Angeklagte die Testamentsfälschung begangen. Graphologe Langenbruch verneinte nicht, daß die zu vergleichenden Handschriften eine große Ähnlichkeit hätten. Bei näherer Prüfung seien ihm aber doch Bedenken gekommen, die Handschriften für identisch zu erklären und er beschränkte sich deshalb ebenfalls auf die Erklärung, daß nur eine Wahrscheinlichkeit vorliege. Das Testament und der anonyme Brief seien von einer Hand geschrieben.

Der Staatsanwalt hielt das Gutachten des Schulrats Grabow für das wertvollste und hielt den Angeklagten aus Grund der stattgehabten Beweisaufnahme für überführt. Er beantragte gegen ihn unter Ausschluß von milderen Umständen eine Z u c h t h a u s - s t r a f e von drei Jahren.

Die Verteidiger, Rechtsanwalte Dr. Schwindt und Justizrat Dr. Sello, hielten das Beweismaterial keineswegs ausreichend, um daraufhin eine Verurteilung eintreten zu lassen, sie baten um Freisprechung.

Der Gerichtshof erlachte nach kurzer Beratung dahin, daß der Angeklagte mangels Uebereinstimmung freizusprechen sei. Es sei angenommen worden, daß das Testament wie der anonyme Brief von einer Hand herrührten, und da der Angeklagte, der zur Zeit des Auffauchens des Briefes sich in Untersuchungshaft befand, diesen nicht geschrieben haben konnte, so bilde die Beweisführung eine Lücke. Die Unschuld des Angeklagten sei indessen nicht erwiesen, es habe deshalb auf ein non liquet erlachtet werden müssen.

Dienstherrin und Dienstmädchen. Unter dem Einflusse einer Frau, gegen die jetzt das Entmündigungsverfahren schwebt, hat das 27jährige Dienstmädchen Lina D i e l e r einen M e i n e i d geleistet, der sie gestern vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte. Die Angeklagte diente im vorigen Jahre ausbilsweise bei der zu Charlottenburg wohnenden Sängerin Frau W o h l e r G r a b o w e l. Der Hausvater der letzteren, Sekretär Mathmann, begab sich am 27. April v. J. in die Wohnung der Frau W., um mit ihr über einige Mängel in der Wohnung Rücksprache zu nehmen und bei dieser Gelegenheit kam es zu einem etwas lauten Austritte. Anfang Juli strengte Herr Mathmann gegen Frau W. die Ermittlung an, die durch einen Vergleich in der Weise gegenstandslos wurde, daß sich Frau W. verpflichtete, freiwillig die Wohnung zu verlassen. In dem Ermittlungsprozeß stellte Frau W. die Behauptung auf, Herr M. sei bei seinem Besuche zudringlich gewesen und habe ihr unsittliche Anträge gestellt. A. stellte Strafantrag wegen verleumderischer Verleumdung. Frau W. erhob Widerklage und erzielte, daß Herr M. am 16. November vorigen Jahres vom Schöffengericht zu Charlottenburg wegen häßlicher Verleumdung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Ausschlaggebend war, daß das Dienstmädchen der Frau W., die jegliche Angeklagte, eidlich behauptete, daß sie zugegeben habe, wie Herr M. an dem besagten Tage seinen Arm um die Taille der Frau W. zu legen versucht habe und auch sonst zudringlich geworden sei. Wie sich bei der gestrigen Verhandlung ergab, ist die Behauptung eine wissenschaftlich falsche gewesen und das Mädchen hat sie unter dem Einflusse der Frau W. aufgestellt. Diese hat sie zuerst veranlaßt, eine Herrin M. belästigende eidesstattliche Versicherung nach ihrem Diktat aufzuschreiben und sie hat den Inhalt dieses Schriftstückes förmlich anwendig gelernt und später vor dem Gericht beschworen.

Als in einem Lokalters in der Wohnung der Frau W. festgestellt wurde, daß das Mädchen von dem Punkte aus, von wo sie die angeblichen Zudringlichkeiten des Herrn M. gesehen haben wollte, überhaupt nicht in das in Frage kommende Zimmer blicken konnte, wurde das Mädchen in ein scharfes Verhör genommen und gestand dann ein, auf Anstiften der Frau W. eine falsche Aussage gemacht zu haben. Dies hatte sowohl ihre, als auch die Verhaftung der Frau W. zur Folge. Letztere wurde bald wieder entlassen, da sie

Musik.

Opernhaus. Den in Stürmen erprobten Seemann kam bleichlich doch einmal, wenn die Wetter gar zu wild wüthen, eine Bangigkeit oder die Seeranztheit befallen. Auch dem Musikreferenten, der an das schrecklichste Gestampfe der Operettenschiffe und Opern-erprobungsdampfer gewöhnt ist, der furchtlos durch die Alte Jakobstraße und selbst durch die Linden oder gar zum Kroll zu gehen vermag, der kühl und ruhig bleibt, wenn der Text- und Ton-Trott von Mißverständnis-Komödien herantreibt; auch ihm kann es geschehen, daß bei diesem Trotten und Stampfen und Schankeln allmählich die große Heftigkeit herannahet und er mit verzweifelten Blicken und gerungenen Händen zum großen Kronleuchter emporsteigt: „Nur es denn sein, daß ein Mensch so leidet? Ist nirgends Land zur Rettung zu erreichen? Und muß es gerade das weltberühmte Opernhaus in Berlins Mitte sein, das solche Qualen bringt, inmitten eines Publikums, das jubelt, wenn es derartiges genießen darf?!

hat — ich weiß es nicht sicher. Sicher aber ist, daß er traut wie nur irgend einer, und daß er es am wenigsten sollte. Denn der vielleicht größte Teil seines Textes sind Recitative, Gesprächsätze von der mühsamsten Gewöhnlichkeit, die am ehesten noch erträglich werden könnten durch eine freie (nicht „mensurierte“) Sprachdeklamation. Was thut mein Ulrich? Er lüchelt sie nur so herunter und magt es mit ihrer Orchesterbegleitung erst recht ebenso. Daß diese aber den Gesang wahrhaft ausdentete — nein! (Man sehe z. B. die Begleitung der Worte auf S. 5 des Textbuchs: „Und wenn der Freiheitskampf mit Enttäuschungen“ usw.) Ein paar charakteristischeren vollende Spielereien mit den Instrumenten wirken eher komisch. Am wenigstens etwas zu retten: manchmal ist die malende Instrumentierung nicht übel (z. B. in jenem Buch S. 27). Aber das Glodenspiel, das Frieden verkündet, nachdem die Sturmglode in der Stadt Lünkraden Anno 1648 vergeblich zur Niedermelung der besiegten Spanier aufgefördert hat? Das müßten doch liebliche Klänge sein und vielleicht gar ebenso ins Ganze hineingearbeitet sein, wie es gestern mit Dubais Haderrett im „Lackstumpen“ war? Doch nicht zum einen und noch weniger zum andern reicht Ulrichs Erfindung. Den Abend beschloß ein Versehen des angehenden Komponisten J. Massenet. Vor einiger Zeit hatte ein biblisches Oratorium von ihm, ich glaube „Maria Magdalena“, und nicht eben viel Sehnsucht nach diesem altjungen Franzosen erweckt. „Das Mädchen von Navarra“, Lyrische Episode in zwei Akten, Dichtung von J. Claretie und H. Cain, deutsch von Max Kalbed, ist nun jedenfalls die Leistung eines die Tonkunst ganz anders beherrschenden Künstlers, als dies von Ulrich gelten kann. Sie war im vergangenen Frühjahr von der unglücklichen französischen Operngesellschaft gebracht worden, mit der berühmten de Ruovina, die jenes Unternehmen hätte retten sollen. Der Dame ging eine sehr ehrenvolle Achtung — persönlich wie künstlerisch — zur Seite, und es war gut, sie in glatteren Verhältnissen kennen lernen zu lassen. Den Massenet hat man vielleicht nur über die Liebe vorgeführt. Die Geschichte von der Navarreserin, die im Carlstenkrieg von 1874 den gefährlichsten baskischen Führer tötet, um sich so

viel Geld zu verdienen, daß sie ihren Geliebten heiraten könnte, wenn er ihr nicht natürlich noch stürbe — diese Geschichte hat der Komponist in eine grelle Effektmusik gebracht, in der Einzelred, wie z. B. ein Soloband und das darauf folgende Nachspiel sogar sehr interessant geraten ist. Frau de Ruovina ist in der That eine große Spiel- und Singkünstlerin mit einer höchst dramatischen Stimme, die namentlich in den unteren Lagen eine prächtige Qualität besitzt, im übrigen freilich etwas wie eine tüchtige Gärte zeigt. Die Sängerin behielt die französische Sprache bei, während alle andern deutsch sangen — eine seit längerem übliche Vereinerung unster Kunstzuhände. Allseits französisch zu singen, würde immer noch besser lauten. Die beiden Aufführungen waren ersichtlich eine Gelegenheits- und Verlegenheitsarbeit. Besonders mit dem „Glodenspiel“ fand man sich rasch ab. Doch eine solche Stimmwidrigkeit wie das Kommen und Gehen der Personen durch die gegenüberliegenden Thüren im ersten Akt sollte sich eine Regie wie die Deutsche nicht leisten; oder interessiert sie sich einzig nur für Massen? — Zwei Mitwirkende waren für uns neu. Fräulein Reinisch ist von der Stuttgarter Oper, guten Angedenkens, herübergenommen. Sie hatte sich dort als kunstvolle Koloraturistin bewährt; in der jugendlich-dramatischen Rolle der Wehnerstochter stand sie nicht am richtigen Platz; und es war wohl weniger ihre Schuld als die einer nachlässigen Gesamtarbeit, daß sie zu Beginn des zweiten Aktes sich mit dem Orchester nicht zusammenfand. Herr Jörn, der in der „Navarreserin“ eine Nebenrolle gab, war uns vor etwa zwei Jahren in der Moritz-Oper aufgefallen durch eine gut veranlagte, aber ordinär behandelte Stimme. Seither ist es mit seiner Stimmbildung etwas besser geworden, doch unfein und gewöhnlich klingt und spielt dieser Tenor immer noch. Zwischen unfein „Lirischen“ Tenoren, Sommer und Philipp, geht es aber zur Not an. Ueber die äußeren Erfolge zu berichten lohnt bei dem Typischen all dieser Vorgänge so wenig wie sonst. —

Warum soll jede Hausfrau Kathreiner's Malzkaffee kaufen?

Weil es nicht möglich ist, mit andern von den vielen angebotenen Kaffee-Zusätzen einen wirklich gut schmeckenden und dabei wohlbelümmlichen Kaffee zu bereiten. Allein Kathreiner's Malzkaffee erfüllt diese Aufgabe vollkommen! Für die Erwachsenen als Zusatz genommen und den Kindern „rein“ gegeben, leistet er in beiden Fällen jeder Hausfrau unschätzbare Dienste.

Lederer & Kreinberg Streich-Instrumenten-Fabrik Markneukirchen No. 443 offeriert billigst direkt ab Fabrik. Konzert-Zieh-Harmonikas. garantiert größte Tonfülle, solideste Arbeit. 10 Tast. Zöhr., 2 Reg., 50 St., 2 Mk. 5.— 21 Tast., 108 St. Mk. 11.— 21.— 10 " 3 " 3 " 70 " " 7.50 27.— etc. — Schule u. Kiste 10 " 4 " 4 " 90 " " 9.50 gratis, andre Harmonikas 10 " 6 " 6 " 150 " " 15.— schon v. Mk. 1.50 p. St. an Violinen mit Bogen u. Kasten u. Reservebezug etc. komplett No. 80 87 88 89 90 91 92 93 94 95 zu Mark 9.— 11.— 14.— 18.— 20.— 25.— 30.— 35.— 42.— 50.— Mand-Harmonikas solidester Qualität No. 2705 2710 2712 2714 2715 2718 2717 2716 2719b 2725 p. Stück zu 30.— 50.— 85.— 1.— 1.20 1.30 2.— 2.50 3.50 M.

bewährteste Nahrung für Kufeke's Minder's gesunde u. magen-darmkranke Kinder. Kufeke's Minder's mehl

Reiss-zeuge und einzelne Theile derselben kauft man am besten nur in dem Special-Geschäft von Ernst Riek, Inh.: C. Bullendorff, Berlin N., Weinbergsweg 15b, das größte optische Geschäft vom Reichthum 4007. 53132 Reisszeuge für Schüler von 1.25—10.00 Techniker 7.50—50.00

Begründung des Geschäfts 1878. M. Schulmeister en gros Schneidemeister en détail. Dresdenerstr. 4 Hauptstrasse 143 am Kottbuser Thor. Schöneberg. Herbst- u. Winter-Paletots in Eskimo, Cheviot und Schimmer von 16,50—42 M. Gehrock-Anzüge von Mark 27 an Junglings-Anzüge von Mark 12 an Rock-Anzüge 23 Knaben-Anzüge 3 Jackett-Anzüge 15 Winter-Joppen 5 Beinkleider 5 Knaben-Joppen, einzelne Hosen. Schlafrocke 8,50 Berufskleidung f. jed. Gewerbe. Bestellungen nach Maß von in- und ausländischen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt. Streng reelle Bedienung.

Landparzellen am Bahnhof Biedorf, erste Station hinter Lichtenberg, Quadratrute 12 R. an der 1. Abtheilung, 1a. Gartenböden. Beständer im Restaurant Freihaus, Bahnhof Biedorf. Nieschulke, Heger & Co., 75114* Gantardstraße 5.

Die schönsten Herren-Paletots, Anzüge, Joppen in neu. sowie speziell Monatsgarderobe von Savalleren zurückgelagte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu tausend billigen Preisen zu haben. J. Wand, Prinzenstraße 17, an der Wasserthorstraße. Bitte auf Hausnummer zu achten!

Treptow. Köpnick Landstr. 27, empfiehlt sein Lokal nebst kleinem Saal, 250—300 Personen fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten. Einige Sonnabende sind noch frei. Glas Bier 1/2 Liter 10 Pf. fl. Weißbier 52312* R. Hohlwein.

Hüte Chapeau clasque von 7,50. Cylinderhüte von 4,00. Filzhüte von 1,50. Pelz-Waaren nur eignes Fabrikat. Schirme größtes Lager. Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2, Ecke Skallitzer-Str.

Jung! Unverjährlich. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfundbottle zu 6,50 R., 5 Pf. 4 R. franko. Garant. Rücknahme. E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustheide, Olbenitz.

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Fransenleiden, Seydelstr. 9. 12—11, 3—11, 4—11, 8, Sonntag 9—11. Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Hornleiden. 10—2, 5—7, Sonntag 10—12, 2—4.

Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Outgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dataten-Traning, 900 gest., 1/2, Dufaten 15,50, 2 Dufaten 30,50, für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Acht Rathenower Brillen, Vintenez, Oprengläser. 52192* T. STOLZ, Chausseest. 78, F. Stolz, Badstr. 57.

Damen-, Mädchen- und Knaben-Konfektionshaus. Heineich Kosmetzki 175 Oranien-Strasse 175 zwischen Oranienplatz und Adalbert-Strasse. Heute Eröffnung! Reiche Auswahl aller façons und Grössen, einfacher u. feiner Damen-, Mädchen- und Knaben Konfektion. Billige streng feste Preise! Anfertigung nach Mass. Garantie für guten Sitz und Haltbarkeit.

Extra billige Preise

für Braut-Ausstattungen



Jetzt nur Mk. 2.95

- Hemdentuche** in Resten, die etwas unsauber sind, in derb. Gewebe, jetzt p. Rest 12 Pf.
- Handtücher** in Resten, Dreilgewebe jetzt Stück 5 Pf.
- Louisianatuch**, passend für Bett- und Leinwäsche, 80 cm breit, feinfädig jetzt Mtr. 24 Pf.
- Bettdamast** in schönen Mustern, passend zu Neglige und Bettwäsche, jetzt Mtr. 25 Pf.
- Bettdamast**, 130 cm breit, volle Bettbreite, in Streifen u. schönen Blumenmustern jetzt Mtr. 63 Pf.
- Inlet**, 80 cm breit, in glatt roth u. rosaroth, gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 29 Pf.
- Inlet**, 130 cm, volle Bettbreite, glatt roth u. rosaroth gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 55 Pf.
- Bettzeug** in verschiedenen Mustern jetzt Mtr. 19 Pf.

Sonntag geöffnet von 7-10 und 12-2.

zum Umzuge

Alle Tage bis 9 Uhr abends geöffnet.

- Tüllgardinen**, schöne Blumenmuster, auf beiden Seiten mit Hand eingefasst, in weiss und crème, jetzt Meter 19 Pf.
- Tüllgardinen**, ohne Applikat, wunderbare Jugendmuster in weiss und crème, jetzt Meter 29 Pf.
- Stores**, moderne Muster in verschiedenen Breiten, weiss und crème, jetzt Stück 85 Pf.
- Tüll-Bettdecken**, in weiss u. crème, weiches Gewebe, elegante neue Muster, jetzt 2,25
- Tischdecken** mit Schuur und Quaste, bordeaux und grün, jetzt 1,25
- Plüschdecken** in bordeaux und grün mit persischen Bordüren, jetzt 4,90
- Chaiselongue-Decken**, circa 3 Meter lang jetzt 4,75
- Gobelin-Tischdecken**, m geknüpft, Franz. in bord. u. grün jetzt 2,50

- Damen-Hemden** aus derbem Hanstuch mit Spitze garnirt, die etwas unsauber sind 54 Pf.
- Damen-Hemden** mit elegant gestickter Passé, aus gutem Hemdentuch, jetzt 98 Pf.
- Nachtjacken** aus gutem Parchend, mit Spitze besetzt, etwas unsauber jetzt 48 Pf.
- Beinkleider** aus weissem Cöper-Parchend mit gestickter Languetta 78 Pf.
- Unterröcke** aus weissem Parchend mit gestickter Languetta jetzt 98 Pf.
- Herren-Hemden** aus gutem Hemdentuch, sauber gearbeitet jetzt 95 Pf.
- Bettlaken** aus gutem Stoff, volle Breite und richtige Länge 83 Pf.
- Parchend**, Reste, weisse und farbige, 2-6 m lang die etwas nass gewesen sind jetzt Mtr. 19 Pf.



Jetzt nur Mk. 2.25

- Teppiche**, Axminster-Gewebe mit unbedeutenden Fehlern jetzt 4,50
- Teppiche**, Salon-Grösse, in eleganten persischen Mustern jetzt 9,75
- Steppdecken**, bordeaux, grün, hellblau mit kleinen Fehlern, jetzt 2,90
- Portiären**, türkische, elegante Muster, mit feiner Bordüre jetzt Meter 19 Pf.
- Schlaidecken**, sehr mollig und recht gross, jetzt 68 Pf.
- Läuferstoffe** in schönen Streifen, in Resten von 1-5 Mtr. 15 Pf.
- Möbelstoffe**, 130 cm breit, in Resten bis 5 Mtr. schöne Blumen-Muster, jetzt Mtr. 78 Pf.
- Satin-Steppdecken**, Handarbeit mit prima Füllung, in bordeaux, grün, hellblau 5,90

für Kleiderstoffe und Tricotagen.

- Hauskleiderstoffe**, derbes Gewebe, in schönen dunklen Farben jetzt Mtr. 18 Pf.
- Blusenstoffe** in 300 verschiedenen Mustern, sehr haltbare Qualität jetzt Mtr. 19 Pf.
- Schwarze Stoffe**, Doppelbreit, in glatt und gamma-Art Alpaca, Cheviot und Crepps, jetzt Mtr. 48 Pf.
- Farbige Stoffe**, Homospan, 120 cm breit, in allen Farben, pass. für Costumes u. Strassenkleid jetzt Mtr. 68 Pf.
- Seidenstoffe** in verschiedenen Mustern u. Farben, haltbare Qualität jetzt Mtr. 47 Pf.
- Seidenstoffe** in schwarz, glatt und modernen Blumenmustern jetzt Mtr. 1,25
- Seidenstoffe** in weiss u. farbig mit wunderbaren Blumenmustern jetzt Mtr. 75 Pf.
- Unterrockstoffe**, eingetheilt in Reste, zum Ausschneiden, Querschnitt jed. Rest 95 Pf.

- Normal-Hemden** mit doppelter Brust, sehr lang jetzt nur 68 Pf.
- Normal-Hosen** mit Satin-Gürtel in verschiedenen Grössen 73 Pf.
- Kinder-Strümpfe** schwarz, extra lang, jetzt Paar 19 Pf.
- Herren-Socken** in schwerer Winterwaare jetzt Paar 23 Pf.
- Corsets**, neueste Façon, derb Drell-Gewebe, jetzt 68 Pf.
- Parchend-Damen-Beinkleider** mit Languetta in allen Farben 68 Pf.
- Parchend-Damen-Unterröcke** mit Languetta in allen Farben 85 Pf.
- Pelz-Colliers** mit Kopf und Schwefeln neuester Façon 98 Pf.



Jetzt nur Mk. 5.75



Jetzt nur Mk. 4.95

Waarenhaus P. Elend, Reinickendorferstr. 8a.

Ecke Gerichtstr. Fahrfeld für Strassenbahn wird verpachtet. am Bahnhof Wedding.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur der erste Wort frei. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69. bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufzügen von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Prandlstr. 426*
Vorjährige zurückgeleitete Herren-Anzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bestehend unter Preis, verkauft B. Lewinsky, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a. 12748*
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 12058*
Winterpaletots (spottbillig) Plaudernde Reanderstr. 6. 426*
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 65 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfahrt, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Paratimstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet. 426*
Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulator, Kleiderstoffe (spottbillig) Leihhaus Reanderstr. 6. Teilkabupaten gestaffelt. 426*
Wapaget-Bücherei, sofort sprechend, fingerzahn 25,00, Kanarienvögel 4,00 an, alle Sorten Exoten, Käfige, Bücherei, Richter, Brannenstr. 87, Bogerbandlung. 21106

Reife spottbillig, Ludwiger Köpferstr. 2, Koch u. Seeland. 17756*
Teppiche (fehlerhaft) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Kaiserlicher Markt 4, Bahnhofstr. 119/5*
Betten, prachtvoll, zwei neue, unzugänglicher sofort spottbillig Schwedterstr. 18/19, eine Treppe rechts. *
Teppiche mit herbenbleibenden Farben, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, modernste 1,00, Ringstich, Bobbin, Adler, Schneidmesser. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billig. Lurmitzstr. 39, 2. Gesch. Bernauerstr. 47 B. 13098*
Rechnungsmaschinen auf Teilkabupaten, Beberstr. Engel-Her 20. 427*
Malztraktier, blühend, für Blutarne, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Qualität, farbige, überaus, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50 erhaltene. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidend. Vorher: Stellerer Angler, Bernauerstr. 119. 12177*
Teppiche billigst, Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
Neues rotes Capes traurigster verkauft bei Bahn, Rheinbergstr. 42. 472*
Kanarienvögel verkauft, Brandt, Dolmarstr. 61. 27126*
Zwei herrliche, gutgeheute, mit Rehen, J. Müller, Anionstr. 20, Hof parterre. 472*
Dame verkauft, Taschen, rot und grün, Salonarmatur und Bettdecken, wenig gebraucht, Friedrichstr. 114, Vorderausgang, 4. Etage links, Händler verbeten. 75/12

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 100, gebrauchte 12,00, Rechnerstr. 60/61, Landbergerstr. 82/84*
Drei Elektromotoren, neu, wegen Aufgabe des Geschäftes spottbillig, Schönhauser Allee 177a. 12112*
Schmiedeschloß mit großem Zylinder, Schlosser sofort zu verkaufen, Näheres Blinde Geisel, Rummelsburg, Prinz Albertstr. 50. 27106*
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Anzahlung, ohne Anzahlung, Verpächtern, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Auskollung, drei Jahre volle Garantie. Für die Hälfte meiner Nähmaschinen sprechen laufende meiner Kunden. Lieferant hoher Bekanntheit. Ernst Bellmann, Goldschmiedstr. 25, nahe der Sandbergerstr. Alle Maschinen nehmte in Zahlung. *
Materialwaren-Geschäft, kleines, schöne Wohnung, sofort billig verpächter, Koppenhagenstr. 6, Ringbahnhof Schönbauerstr. 20/21. 20215*
Bayreutherwahl, sofort sprechend, billig, Kanarienvögel 4,00 an, prächtige Stenale, Hühner, Haisfelder, Richter, Drantenstr. 87, Vogelhandlung. 20985

Rechtobureau, Proceßbeistand, Eingabengefude, Ratereitung, Koll. Drummstr. 12/13. 20256*
Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a. 130281*
Kunstschere von Frau Koloski, Eichenstr. 48, Euergebäude hochparterre. *
Der Stoff hat? Herrliche Herren-Anzüge und Winterpaletots mit Futterläden 15,00. Keine Anzahlung 10,00. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, 111. 20026*
Grachonolegion und alle anderen Bücher, laßt, beiligt Antiquarier, Königsstr. 55, I. Amt VI. 3397. *
Druckgold, Platin, Zinnblech, laßt, Drummstr. 137, Schmiederei. *
Rechtobureau! Wer sich über diese ungelöste Kaufsache vorher Zeit unterrichten will, verlange die Klappblätter des Verkauft gegen Reuektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierparkverein, Königgräberstr. 109. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1618*

Reuektion, Saal mit Bühne, vergleicht Kranke, Scholtzstr. 39. Saal mit Piano, 100 Personen fassend, sowie 2 schöne Winterstrassen, haben empfiehlt Karl Schmidt, Fiedlerstr. 18. 20976*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Annahmestellen bezieht, sucht leichte Beschäftigung jeder Art. Zeeber, Waldstr. 40, bei Schmidt. *
Blinder Schuhmacher, Mittel um Arbeit, Stelle werden zu den billigsten Preisen geschloffen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mutafstr. 27, A. Gläfer. *
Stellenangebote.
Gute Schneider für Paletots finden lohnende Beschäftigung bei Elen Gebroder u. Co., Spittelmarkt 47. Busch oder Probearbeit miltbringen. *
Guten tüchtigen Holzmaler und Schreiner verlangt A. Beckmeier, Schindstr. 8a. 27025*
Barockgoldarbeiter verlangen Kottbuler Damm 100. 20968*
Wamsfeld auf mittlere Steppdecken, Preis 2-2,20 Mark, werden das ganze Jahr beschäftigt bei Heilmann, Rastanstr. 50. *
Wamsfeld auf glatte Stoffe und Futterdecken finden dauernde Beschäftigung bei Heilmann, Rastanstr. 50. 13492*

Weiße Kartendarbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt. G. Heise, Waldemarstr. 51. *
Achtung, Klavierarbeiter!
 Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Greifswalderstr. 155/156, ist wegen Lohnbesserungen bis auf weiteres gesperrt. Die Crüververwaltung. 89/15*
Achtung, Holzarbeiter!
 Gesperrt sind folgende Werkstätten für Arbeiter, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer: A. Schult, Krautstr. 18/19. Gruneluth, Diefenbacherstr. 33. Simbel u. Friedrichsen, Poststr. 43. Lux u. Engelbrecht, Götlicher Her Wegner, Schallgüterstr. 38. Die Crüververwaltung. *
Achtung, Drechsler!
 In der Werkstatt Pilzecker, Brannenstr. 79, bestehen Differenzen. Zugang streng fernzuhalten. 89/15. Die Kommission. *
Achtung Vergolder!
 Die Sperre über sämtliche Goldschmiedwerk Berlin und Vororte dauert unverändert fort. 220/14*
 Die Crüververwaltung Berlin. J. K. & Dehler. *
 Verantwortlicher Redacteur: Carl Feid in Berlin. Für den Inserenten verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Verschiedenes.

Rechtobureau Fabrik, Oeauer Weg, vicarindamms (Hindensplatz), Rechtshilfe, Eingabengefude, Ratereitung. 20305*
Unfallfahen, Magen, Eingaben, Reuektionen, Puffer, Steglersstr. 65. 25876*
Rechtobureau Dulsow, Eichenstr. 141 I. Ganzen Tag geöffnet. 27006*